

GLOBAL



VIEW

Unabhängiges Magazin

der Österreichischen Gesellschaft für Außenpolitik und die Vereinten Nationen (ÖGAVN)
und des Akademischen Forums für Außenpolitik (AFA)

1 | 2010

3 EURO



Ein Gerichtshof für die ganze Welt

Politik, Recht und Wirtschaft im internationalen System



International Relations



Kompetenz auf dem Gebiet der Internationalen Beziehungen

Abschluss: Master of Arts, MA

Dauer: 4 Semester, berufsbegleitend in Modulen

Start: Oktober 2010

Information und Anmeldung

Donau-Universität Krems, Department für Europäische Integration und Wirtschaftsrecht

Tel. +43 (0)2732 893-2401, Fax +43 (0)2732 893-4400

www.donau-uni.ac.at/intrelations

Liebe Leserin!

Lieber Leser!



Sowohl auf nationaler wie internationaler Ebene existieren zahlreiche Menschenrechtsverbürgungen. Die Diskrepanz zwischen Zugeständnissen auf Papier und deren tatsächlicher Umsetzung ist jedoch groß. Zu groß meinen Experten, die sich nun verstärkt für die Einrichtung eines Weltmenschenrechtsgerichtshofes engagieren. Dieser soll den Rechtsschutz verdichten. Die Idee ist nicht revolutionär, seit 1947 wird immer wieder darüber diskutiert. Erstmals liegen konkrete Entwürfe für einen Weltmenschenrechtsgerichtshof vor.

Ein Paradebeispiel für die mangelhafte Umsetzung von internationalen Verträgen, ist die UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen, die 2008 in Kraft trat. Die Konvention ist der erste und einzige internationale Menschenrechtsvertrag für Personen mit Behinderungen. Mehr als 650 Millionen Menschen leben weltweit mit Behinderungen, in vielen Ländern werden sie diskriminiert und sind im Alltag benachteiligt.

Mittels teurer Marketingstrategien versuchen Staaten vermehrt und gezielt ein bestimmtes Image ihres Landes an die Öffentlichkeit zu transportieren.

"Nation Branding" heißt das Konzept, das nicht nur dem Tourismus dienen, sondern auch die Politik und die Wirtschaft eines Landes in vorteilhaftes Licht rücken soll.

Es ist bisher der größte Energieauftrag in der Geschichte der Golfregion. Nachdem die Arabischen Emirate kürzlich Atomkraftwerke von Südkoreanischen Firmen gekauft hatten, laufen die Bauarbeiten nun plangemäß. Den Arabischen Emiraten scheint es aber nicht an Energie zu mangeln, schließlich sind sie der drittgrößte Erdölexporteur der Welt.

Korruption und Misswirtschaft prägen die Ukraine. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion wurden viele Probleme des Landes auf den Wesenszug eines „Homo Sovieticus“ zurückgeführt, auf einen passiven und leicht manipulierbaren Menschen. Alles nur Theorie?

Viel Freude beim Lesen!

Nadja Kwapil

Tipp: Bitte beachten Sie auch unsere Onlineausgabe, abrufbar unter www.globalview.at. Feed-Back ist erwünscht und jederzeit willkommen!

Impressum Herausgeber: Österreichische Gesellschaft für Außenpolitik und die Vereinten Nationen (ÖGAVN) und Akademisches Forum für Außenpolitik (AFA) ■ **Eigentümer und Verleger:** Akademisches Forum für Außenpolitik - Österreich, Hochschulliga für die Vereinten Nationen (AFA) ■ **Büro:** A - 1010 Wien, Johannesgasse 2/2/32 | Tel./Fax: +43 /1/ 512 85 21 | <http://www.globalview.at> | globalview@afa.at ■ **Chefredakteur:** Mag. Nadja Kwapil ■ **Redaktionsteam:** Valerie Baldinger; Mag. Louise Beltzung; Nora Berger; Daniel Jokesch; Joachim Kurz; Julia Pass; Werner Polzhuber; Magdalena Reitbauer ■ **Layout:** Alexander Fischl ■ **Lektorat:** Cheflektor: Kilian Evang; Native Speaker: Mireille Pelletier; Diego Heatherman; Elaine Hargrove; Michael Machum; Thomas Kwapil ■ Nicht gekennzeichnete Bilder: Redaktion oder Autor; Titelbild: Flickr, DOS82 ■ **Druck:** Friedrich VDV Linz.

Offenlegung der Blattlinie gem. § 25 Abs. 4 Mediengesetz Herausgeber: Österreichische Gesellschaft für Außenpolitik und die Vereinten Nationen (ÖGAVN) und Akademisches Forum für Außenpolitik (AFA) ■ **Eigentümer und Verleger** Akademisches Forum für Außenpolitik, Hochschulliga für die Vereinten Nationen (AFA) ■ **Sitz:** Johannesgasse 2/2/32, A-1010 Wien ■ **Unternehmer:** unabhängiger, eingetragener Verein (ZVR: 330335717); Vorstand vertreten durch Michael F. Pfeifer (Präsident) ■ Das GLOBAL VIEW ist das unabhängige und überparteiliche Magazin der Österreichischen Gesellschaft für Außenpolitik und die Vereinten Nationen (ÖGAVN) und des Akademisches Forum für Außenpolitik (AFA) und versteht sich als Informations- und Diskussionsplattform zu außen- und weltpolitischen Themen. Der Inhalt stellt die Meinung der jeweiligen Autoren dar. ■ Auch wenn im Text aus Gründen der besseren Lesbarkeit weibliche Formen nicht explizit ausgeschrieben werden, beziehen sich alle personenbezogenen Formulierungen auf weibliche, wie männliche Personen.

Autoren



CAN ERTUGRUL ist derzeit Student der Betriebswirtschaft an der Wirtschaftsuniversität Wien. Er verbrachte ein Auslandssemester an der Hong Kong University of Science & Technology und besuchte eine Sommeruniversität an der Kiev National Economic University. Er ist langjähriges AFA-Mitglied und Vorsitzender des AFA-Debattierclub Wien.



Dr. **GORDON PORTER** is Director of Inclusive Education Initiatives at the Canadian Association for Community Living. He is Chair of the New Brunswick Human Rights Commission and of CASHRA, the national association of statutory human rights organizations.



LESTER ALVARADO FLORES is a litigation lawyer. He studied at the University of the Philippines and at the Tsinghua University Beijing where he is also presently a PhD candidate in International Law with international commercial arbitration as field of specialty.



Mag. **CHRISTINE RUPPRECHTER-RÖDLACH**, MA studierte Politikwissenschaften in Wien, Innsbruck und Brüssel. Seit drei Jahren lebt und arbeitet sie in Brüssel und fungiert dort als Director of Public Affairs and Communication bei FACE, dem Zusammenschluss der Verbände für Jagd- und Wildtierhaltung in der EU.



JOCHEN KLEINSCHMIDT, Dipl. sc. pol. Univ. is a doctoral candidate at Munich University and a Visiting Lecturer at the University of the German Armed Forces. He also works as a freelance policy consultant. His research interests include the sociology of international relations, political geography, energy security and counterterrorism.



MICHAEL N. SCHURIAN studiert Rechtswissenschaften und Betriebswirtschaftslehre an der Universität Wien. Zuvor diente er als Peace Keeper im Rahmen der Operation Joint Guardian im Kosovo, wo er an einer friedenserhaltenden Mission der KFOR teilnahm. Er ist Mitglied der GLOBAL-VIEW-Redaktionsteams und Leiter der Online-Ausgabe.



JULIA KOZMA is a senior legal researcher at the Ludwig Boltzmann Institute of Human Rights and the Research Platform „Human Rights in the European Context“, University of Vienna. Together with Prof. Manfred Nowak she has drafted a statute and commentary on the World Court of Human Rights.



FADI SINNO studiert Volkswirtschaft an der Universität Graz und an der American University of Beirut. Derzeit schreibt er an seiner Masterarbeit. Sein Forschungsschwerpunkt sind die Konfliktherde im Nahen Osten.



JAKOB MÜHLSTEIN studiert Politikwissenschaft mit dem Schwerpunkt Internationale Politik an der Universität Wien. 2007/2008 absolvierte er den Studiengang „International Relations“ an der Universität „Sciences Po Paris“. Seine Forschungsgebiete umfassen unter anderem die Internationalen Beziehungen Afrikas, Europäische Außenpolitik, Internationale Konfliktlösung, Menschenrechte und Migration.



Dr. **CONSTANTIN WEINSTABL**, MA studierte Rechtswissenschaften an der Universität Wien und der Universität Leiden (NL), sowie Political Science mit Schwerpunkt Strategy and International Security an der University of Hull (UK). Er war Chair des ICJ bei der VIMUN 2007, ist aktuelles Mitglied der SISPR und Chairman des International Round Table for Strategic Affairs.

Inhalt



Foto: Flickr/DOS82

The idea to establish a World Court of Human Rights is not completely new. Article p. 08



Foto: Flickr/Peter Kurdujija

An upcoming decline in electricity production will pose serious challenges for the Merkel government. Article p. 18



Foto: AFA/ÖGAVN

Außenminister Spindelegger eröffnet ÖGAVN-Club. Artikel S. 28

06 UNO/International

- 06 Nora Berger
- 08 Julia Kozma
- 10 Can Ertugrul
- 11 Doris Friedrich
- 12 Lester Flores
- 13 Constantin Weinstabl
- 14 Jakob Mühlstein
- 16 Fadi Sinno

- UNTicker
- A World Court of Human Rights
- Do "Middle East" and "Nuclear" Go Together?
- Fairness, Human Rights and Globalisation
- The Maguindanao Massacre
- Nation Branding
- China's Grip on Africa
- War of Brothers

18 Europa

- 18 Jochen Kleinschmidt
- 20 Nadja Kwapil
- 21 Michael N. Schurian

- The Dilemmas of German Energy Policy
- Potentiell ist jeder Straftäter
- Weimarer Battlegroup startet

22 Österreich

- 22 Magdalena Reitbauer
- 23 Gordon Porter
- 24 Christine Rödlach
- 25 Julia Pass

- Inklusion statt Exklusion
- Interview on Inclusive Education
- Im Internationalen Jahr der Biodiversität
- Fin de Siècle

26 Kultur/Gesellschaft

- 26 Martyna Sabat
- 27 Kilian Evang

- Der Mythos vom Homo Sovieticus
- Im Namen Europas

28 AFA/ÖGAVN

- 28 Michael F. Pfeifer
- 29 Florian Popovits
- 30 Sonja Zeiler

- ÖGAVN-Club eröffnet
- Auf dem Weg in eine nachhaltige Zukunft
- Schüler spielen UNO



UN Ticker ... Januar – März 2010

UNO: 100 Milliarden US-Dollar jährlich für Klimaschutz nötig ... Todestag von Rafiq Hariri: Ban betont Wichtigkeit des Special



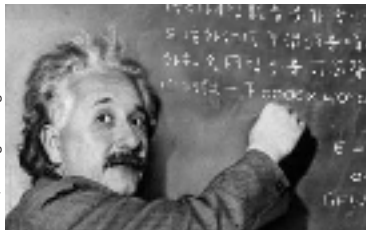
UN Vienna Focus

Durch die Augen der Künstler

Anlässlich des Internationalen Tages des Gedenkens an die Opfer des Holocausts am 27. Jänner 2010, lud das United Nations Information Service Vienna (UNIS) zur Vorführung des Films „As seen through these eyes“ ins VIC. Der Film von Hilary Helstein beschäftigt sich mit Künstlern, die den Holocaust überlebten und zeigt auf, wie diese Zeit ihr Schaffen prägte. Die Kunst wird von den Portraitierten aber oftmals auch als Überlebensmittel während des Holocausts bezeichnet: Ohne künstlerische Ausdruckskraft hätten viele ihren Lebensmut verloren und aufgegeben.

IKDS-Ministertagung in Wien

Am 16. Februar 2010 kamen in Wien Minister und hochrangige Vertreter aus Österreich, zahlreichen osteuropäischen Staaten, sowie Vertreter der Europäischen Kommission zusammen, um einen Bewirtschaftungsplan für die Flussbecken der Donau zu verabschieden. Die Konferenz wird von der Internationalen Kommission zum Schutz der Donau (IKDS) veranstaltet, die die Vertragsstaaten des Donau-Schutz-Abkommens untereinander verbindet. Die neue Vereinbarung soll die Problematiken der Donau von der Quelle bis zum Meer umfassen und die zentralen Forderungen der Wasserrahmenrichtlinien der Europäischen Union abdecken. Die beschlossenen Maßnahmen sollen bis 2015 weitgehend umgesetzt werden.



Flickr/Zhang Erming

Einfachste Grundaustattungen wie Kreide, ermöglichen den Unterricht von Schülern.

Die hohen Ziele, die 1999 im UNO-Rahmenprogramm „Education for all“ gesteckt worden waren, wurden bis heute nur teilweise erreicht. Kindern aus entlegenen Gegenden, die Minderheitensprachen sprechen, eine Schulbildung zu ermöglichen, bleibt eine der schwierigsten Aufgaben. Um die Ziele aus dem Jahr 1999 erreichen zu können, sei eine Anhebung der Regierungsausgaben im Bildungsbereich unerlässlich, betont Kevin Watkins, führender Autor des UNESCO-Reports.

Donnerstag, 21. Jänner 2010
Bildung für alle

„Reaching the Marginalised“ lautet der Titel des letzten UNESCO-Reports zum Thema Bildung in Entwicklungsländern. Der Report verdeutlicht, dass es in vielen Ländern in öffentlichen Schulen nicht nur an Grundaustattung wie Kreide, Tischen, Stühlen und Tafeln fehlt. Ein weiteres Problem ist die mangelnde Präsenz der Lehrenden, die nicht zum Unterricht erscheinen. Die Abwesenheitsrate in staatlichen Schulen beläuft sich beispielsweise in Indien auf 25 Prozent, in Uganda auf 27 Prozent.



Flickr/friek magazine

Durch ausgeklügelte Technologien könnte die Anzahl von erblindenden Menschen weltweit gesenkt werden.

Es ist daher notwendig, allen Menschen günstige Sehhilfen zur Verfügung zu stellen. Eine zukunftsweisende Technologie sind Brillen, die von den Trägern selbst in weniger als einer Minute ohne Hilfe eines professionellen Optikers auf ihre individuelle Sehschärfe eingestellt werden können.

Freitag, 1. Jänner 2010
Brillen für die Welt

Im Vergleich mit AIDS oder Malaria mag es unbedeutend erscheinen, hat jedoch laut aktuellem WHO-Report drastische Auswirkungen auf die Weltwirtschaft: Fehlsichtigkeit und der Mangel an günstigen Sehhilfen für Menschen jeden Alters. Laut Berechnungen der WHO beläuft sich der Produktivitätsverlust, der durch den Verlust der Sehkraft entsteht, auf 269 Milliarden US-Dollar pro Jahr. Durch die weltweite Versorgung der Ärmsten mit Brillen könnte die Anzahl der Erblindenden drastisch gesenkt werden.



Flickr/subcomandanta

UNO-Generalsekretär Ban Ki-moon fordert eine Wiederaufnahme der Friedensverhandlungen zwischen Israel und Palästinentern. Frieden im Nahen Osten liege im Interesse aller Beteiligten.



Flickr/greenpeaceede

Brasilien, Indien, China und Südafrika planen ein gemeinsames Abkommen zum Kampf gegen den Klimawandel. Im Rahmen dieses Projektes werden auch jene 10 Milliarden Euro eingefordert, die in Kopenhagen von den reicheren Staaten versprochen wurden.



Flickr/faltes-schlumpf

Die Nutzung von Kommunikationsmedien wie Twitter und Facebook erleichtert in Katastrophengebieten die Suche nach Vermissten.

Die Notwendigkeit von Zugang zu Telefonen und Internet nach einer Naturkatastrophe, erkennen auch zahlreiche Internationale Organisationen. So sandte „Télécoms Sans Frontières“ (TSFI) unmittelbar nach dem Beben zwei Teams in die betroffene Region. Ziel der Mission war der schnellst mögliche Aufbau eines Telekommunikationszentrums. „We also operate a humanitarian calling operation for the population, so they can call their family and friends in the country or abroad,“ so Catherine Sang von TSFI.

Freitag, 15. Jänner 2010

Kommunikation im Angesicht der Katastrophe

Der vollständige Zusammenbruch traditioneller Kommunikationskanäle wie Radio, Fernsehen oder Printmedien nach dem Erdbeben von Haiti betont die Bedeutung von Internet und sozialen Medien in Katastrophenfällen. Bilder, die Einheimische mit ihren Mobiltelefonen aufgenommen hatten, gingen um die Welt und machten das Ausmaß der Zerstörung bereits kurz nach dem Beben in Haiti deutlich. Über Facebook und Twitter sandten Menschen bereits Sekunden nach der Katastrophe Nachrichten.



UN Country Focus

Am Rand der Hungerkatastrophe

Obwohl einer von drei Menschen im Jemen chronisch an Hunger leidet, wurde die Nahrungsmittelhilfe der UNO wegen mangelnder finanzieller Ressourcen um eine Million Lebensmittelrationen gekürzt. Das World Food Programme stellt monatlich Nahrungsmittel für eine Million Familien zur Verfügung, die auf Grund der hohen Lebensmittelpreise auf Hilfe angewiesen sind. Wegen des Geldmangels musste die Kalorienanzahl pro Tag bereits von 2100 auf 1700 Kalorien reduziert werden, um das Programm länger durchführen zu können. Die Fortsetzung des Projektes ist jedoch ungewiss, sofern es weiterhin an Spenden mangelt.



Flickr/AbhijeetRane

Die Existenz von Wäldern ist in vielen Regionen der Welt bereits Utopie.

Anlässlich des Internationalen Jahrs der Biodiversität betonte Morten Wetland, der ständige Vertreter Norwegens bei der UNO, die Wichtigkeit des Schutzes der Artenvielfalt, deren Bedeutung oftmals nicht erkannt werde. „Climate has taken centre stage and threatened to overshadow many of the other important environmental issues that we face and that are equally important,“ so Wetland. Die in vielen Teilen der Welt rasch voranschreitende Entwaldung ist eines dieser unterschätzten Probleme.

Donnerstag, 11. Februar 2010

Norwegens Kampf für die Wälder

Norwegen hatte bereits bei der Klimakonferenz in Bali 2007 500 Millionen US-Dollar gefordert, um wirksam gegen die Entwaldung vorgehen zu können. 173 Millionen US-Dollar konnten bis jetzt für Programme unter der Schirmherrschaft von UNO und Weltbank zur Verfügung gestellt werden. Die Zahlungen, die unter anderem Brasilien und Indonesien zugute kamen, werden von mehreren Ländern unterstützt. Das seit 2008 bestehende United Nations Programme on Reducing Emissions from Deforestation and Forest Degradation (REDD), wird hingegen allein von Norwegen finanziert.



UN Secretary General Corner

„Holocaust survivors will not be with us forever. The legacy of their survival must live on. We have to preserve their stories - through memorials and education, but most of all through robust efforts to prevent genocide and other grave crimes.“

Message on the International Day in Memory of the Victims of the Holocaust 27 th January 2010



Flickr/fotoARION

Afghanische Bauern sehen ihre Ernte durch das gesetzliche Verbot eines chemischen Düngemittels bedroht. Ammoniumnitrat wurde damit für illegal erklärt, da es vermehrt für den Bau von Straßenbomben eingesetzt wurde.



Flickr/US Mission Geneva

Sergei Ordzhonikidze, Generalsekretär der „Conference for Disarmament“, beklagte die mangelnde Bereitschaft der betreffenden Staaten, die Produktion von spaltbarem Material für Atomwaffen zu stoppen. In naher Zukunft ist mit Zugeständnissen nicht zu rechnen.

No Right Without a Remedy: A World Court of Human Rights

The idea to establish a World Court of Human Rights is not revolutionary. Since 1947, the idea has been discussed repeatedly. In 2008, Switzerland initiated two research projects. Concrete statutes for a World Court of Human Rights are now worked out in draft. **Text** Julia Kozma

When looking back on the last 60 years, the international community has gone a long way in the development of international standards of human rights protection. After the adoption of the non-binding Universal Declaration of Human Rights (UDHR) in 1948, States have gradually accepted the need for binding provisions in order to bestow individuals with rights. This political will is born witness to by the elaboration and entry into force of the two Covenants on Civil and Political Rights and on Economic, Social and Cultural Rights, as well as a number of international conventions designed for particularly vulnerable groups, such as children, women, migrant workers or persons with disabilities, or against particularly grave human rights violations, such as racial discrimination, torture or enforced disappearances.

However, what the international community has failed to implement is one or more mechanisms for the effective oversight of these rights. The smallest common denominator was the establishment of committees that can receive individual complaints, but only if the respective State expressly agrees.

Furthermore, these committees are limited to expressing "final views" on complaints and to recommend to the respective State a remedy to a possible violation. All too often, these non-binding recommendations have not been taken up by States.

In parallel to these developments, in Europe, the Americas and Africa, regional systems made progress in establishing proper human rights courts that were granted powers of binding jurisdiction. Furthermore, the international community, after years of difficult negotiations, managed to bring into force an international criminal court with jurisdiction over perpetrators of the most severe crimes, namely crimes against humanity, genocide and war crimes.

Thus, today we have a plenitude of international and regional instruments for the protection of a vast number of human rights. Many of these rights have reached almost universal ratification or have been acknowledged as constituting *ius cogens*, i.e. a generally accepted peremptory norm of international law. Furthermore, in some parts of the world, regional courts have developed to dif-

ferent degrees and their jurisdiction has not only brought relief to individual victims of human rights violations, but has also influenced national legislation and practice. Finally, the perpetrators of the most severe human rights and humanitarian law violations can be held responsible before the International Criminal Court. Why is it, then, that we are still facing systematic and widespread human rights violations, and that the gap between the high aspirations and the sobering reality, between human rights law and its implementation still exists?

This question was posed by a Panel of Eminent Persons, brought together by the Swiss Federal Department of Foreign Affairs, within an initiative to commemorate the 60th anniversary of the UDHR and to draft a forward looking agenda "Protecting Dignity: An Agenda for Human Rights". The Eminent Persons concluded that the establishment of a World Court of Human Rights is a major goal in the human rights agenda in the coming period, which could help bridging the gap between codified rights and reality. The Panel therefore entrusted international legal experts with the elaboration of a statute for such a court.

The idea of a World Court of Human Rights is not entirely new. Already in 1947, the Australian Government argued for the establishment of an International Court of Human Rights. Due to the rising tensions of the Cold War, however, the proposal did not find consensus among states. Thus the World Court of Human Rights was never realised, nor were then other initiatives, such as an International Criminal Court or a UN High Commissioner for Human Rights. But while these two ideas were set into practice after the end of the Cold War, the proposal of a World Court of Human Rights remained stigmatised as utopian.

Probably due to this sense of political infeasibility, scholars have never undertaken to look into the legal possibilities of drafting a statute for the court, although some have argued for its establishment from time to time. The drafters of the two statutes within the abovementioned project – which have meanwhile been consolidated into one proposal – thus commenced their work by focusing first and foremost on legal accuracy. In addition, due consideration was given to political realities and to the certainty that exaggerated requirements would adverse the acceptance of the statute by States. In the course of drafting, which is now almost finished after one year of intense work and exchanges with academics and practitioners, the authors tried not only to come up with a solid statute but also took into consideration major challenges to the protection of human rights in our time, as well as an analysis of strengths and shortcomings of other existing international and regional courts.

According to its statute, the World Court shall be established by an international treat-

ty, as a permanent organ associated with the United Nations. The statute does not include any substantive rights; rather, States have the possibility to choose from a list of human rights treaties which they have ratified

nominate one or more national human rights courts with jurisdiction regarding alleged human rights violations. However, this obligation was later replaced by a less mandatory provision which invites states to adapt their



Flickr / cathedrastraveller

The proposal of a World Court of Human Rights remained stigmatised as utopian.

and with regard to which they wish to accept the complementary and binding jurisdiction of the World Court. Taking into account the power that certain Non-State-Entities exercise over individuals, the statute introduces the novel possibility of jurisdiction over non-state actors, such as business corporations, rebel groups, the United Nations and other inter-governmental organizations, if these entities make a declaration to this effect.

With the explicit aim of strengthening national implementation of international human rights norms, the statute initially provided for an obligation of States parties to establish or

national judicial systems by offering support through an especially established trust fund.

In summary, the statute of the World Court of Human Rights, although introducing a number of novelties for an enhanced protection of individuals against human rights violations, is equally directed at allaying possible concerns of states over interferences into their sovereignty. And indeed, a number of States - Austria, Brazil, Norway, Switzerland and Qatar - have expressed their interest in promoting a World Court of Human Rights. Other countries interested in reinforcing human rights protection will hopefully follow.

Do “Middle East” and “Nuclear” Go Together?

The United Arab Emirates (UAE) are buying nuclear reactors from South Korea, even though they have the sixth largest oil reserves in the world. The deal is one of the world's biggest nuclear power contracts ever. Buying huge amounts of energy while selling even larger amounts of it in a different form might sound absurd, but it does appear to make economic sense. **Text** Can Ertugrul

The UAE, a federation comprising seven Persian Gulf principalities, including Abu Dhabi & Dubai, signed a deal with a South Korean-led consortium to build four nuclear reactors. With a total value of 20 billion US-Dollar, it is the largest-ever energy contract in the Middle East. Besides, it is a “double-premiere”: The reactors, which will produce 1,400 MW each, are going to be the first nuclear plants in the Emirates. They are also the first that South Korean companies will be building abroad. Analysts agree that the Korean consortium beat out a GE-Hitachi team and a French consortium by offering the lowest price, and not due to political reasons. The deal comes amid a resurgence of nuclear power projects.

In April 2009, the Emirates signed an extending protocol with the IAEA to allow inspections. In December 2009, they also signed the bilateral US-UAE 123 agreement with the U.S. State Department for peaceful nuclear cooperation. It gives the UAE access to significant capabilities and experience in the peaceful use of nuclear energy. The UAE agreed that they would not pursue domestic enrichment or reprocessing of nuclear material - technologies that could lead to nuclear weapons capability. Instead, the UAE will acquire the nuclear fuel from the international markets. The U.S. has also promoted its plan to help the UAE develop peaceful nuclear power as a (role)-model of the kind of cooperation they would like to achieve with Iran, which is suspected of using its civilian program as a cover to develop an atomic weapons capability.

The economics behind

It is estimated that the UAE's annual growth in electricity demand of approximately 9 per-

cent will lead to an annual demand of 40,000 MW by 2020. Although the Emirates are, with 7.5 percent of the proven worldwide oil reserves, a huge oil exporter, they are currently importing large amounts of natural gas to run many of their existing power plants. This is not because of any shortage of oil – the UAE will not face one in the near future – but rather because using their own oil for domestic energy consumption would reduce the amount available to export for huge profits.

So, the need for an economical way to address the growing electricity demand remains. UAE officials have stated that “nuclear power generation emerged as a proven, environmentally promising and commercially competitive option which could make a significant base-load contribution to the UAE's economy and energy security.” With the nuclear power project on its way now and other reactors expected to come, the UAE will be able to meet domestic demand and have excess to export both electricity and oil. Due to successful diversification programs in recent years, the oil and gas sector today only provides around a third of the UAE's GNP. It will, however, remain the dominant contributor of government revenue long into the future. If oil



Flickr/rehner

The United Arab Emirates are buying nuclear reactors from South Korea. The deal is one of the world's biggest nuclear power contracts ever.

prices increase again, the opportunity costs of not selling the oil, but using it for own consumption, would be even higher. In the long run, therefore, it seems to simply make economic sense to prefer to “import nuclear” rather than to export less oil.

The UAE proclaim they want to be an exemplar of how to properly operate a peaceful nuclear program. They plan to have all Korean nuclear plants operational by 2020. By then 83 percent of global oil reserves will be controlled by Middle Eastern countries.



The global removal of barriers gives rise to boundaries.

Fairness, Human Rights and Globalisation

A Question of Compatibility.

Text Doris Friedrich

In the era of globalisation, many political and economic boundaries have vanished. But as events such as terrorist attacks or the global financial crisis show, the global removal of barriers also gives rise to conflicts, which in turn lead to the creation of new boundaries.

Free trade or protectionism?

Perhaps the most obvious element of today's globalisation consists of free trade agreements promising sustainable development in all of the involved countries, including developing countries. However, developed countries are maintaining certain economic and political boundaries in order to protect their own wealth. These boundaries can take the form of subsidies, import restrictions, or the protection of intellectual property rights. According to Joseph Stiglitz, 2001 Nobel Prize Laureate in Economic Sciences, EU agriculture subsidies for instance amount to 75 percent of the combined income of the Sub-Saharan countries. However, only 4.5 percent of the EU population works in the agricultural sector, compared to 55 percent in developing countries worldwide. Farmers in developing countries are unable to take on such heavily subsidized competition. Their opportunities to profit from international trade are being severely limited, widening

the economic gap between developing and developed countries.

The walling-off of rich countries

Karl Polanyi (1886-1964), a Hungarian political economist, argued that the establishment of free markets regularly leads to an enormous expansion of regulations and interventions. Because free markets destroy industries and jobs in developed countries, parts of their population suffer and start to reject globalisation, often reinforcing nationalist currents. In Austria, for example, the extremist right wing parties FPÖ and BZÖ rose dramatically in popularity between 2002, when they accounted for 10 percent of votes, and 2008, at the height of the global financial crisis, when they boasted 28.2 percent of the votes. As a result of these economic and political consequences of free markets, governments of developed countries feel impelled to impose restrictions, to "seal themselves off"; for example through stricter immigration policies, or, in the European Union, limiting the new member states' labour mobility until 2011. In summary, in order to protect their own wealth from real or perceived threats from emerging countries, developed countries reserve their right to build up one-sided boundaries.

Putting human rights first

While such regulations help economically strong countries hold their lead, other kinds of regulations may help people in weaker countries improve their welfare. Considering current developments, John Braithwaite and Peter Drahos, economic scholars at the Australian National University, do not expect "deregulation but 're-regulation', with state roll-back in some areas, such as capital and trade, and a strengthening of regulation to protect other rights." However, these developments do not go far enough, according to Christian Felber, founding member of the Austrian section of activist organisation Attac. He advocates for a globalisation of culture and communication, but he resolutely argues against economic globalisation. Felber believes that it may be necessary to maintain and erect certain economic boundaries in order to reduce disparities between countries. For example, while multinational corporations desire worldwide legal protection of their patents, limiting this protection could help to make lifesaving medicine affordable to developing countries. According to Felber, welfare, human rights — including medical care — and the protection of the environment are values in themselves and should therefore be put before the interests of multinational corporations, free trade, and free markets.

The Maguindanao Massacre: A Historical Perspective

“Neanderthal barbarism” – this is how Philippine Senator Miriam Defensor-Santiago described the massacre of 57 civilians that took place in November 2009. And a genuine modern day atrocity it was, certainly bad enough to thrust the Philippines ignominiously into the international spotlight again. The reaction of major governments and international institutions expressed shock, including the European Union and the Secretary General of the United Nations.

Text Lester Flores

The suspects: town mayor Andal Ampatuan, Jr. of Sharif Aguak town, Maguindanao Province - not to be mistaken with Mindanao island where it is located -, part of the Philippines’ relatively small Muslim south, along with many of the town’s policemen and paramilitary elements. For decades, Maguindanao Province has been under the rule of the powerful Ampatuan warlord clan headed by patriarch and provincial governor Andal Ampatuan, Sr.

The motive: politics

In May 2010, all elective positions in Maguindanao Province are up for grabs. Ishmael Mangudadatu, Vice Mayor of Buluan town, Maguindanao Province, an erstwhile ally of the Ampatuans, decided to contest the gubernatorial post. In order to formalize his candidacy, Mangudadatu had to file a cer-

tificate of candidacy in the election office in Sharif Aguak.

Mangudadatu received word that if he as much as set foot in Sharif Aguak, he would be literally cut into pieces. So instead of going personally, Mangudadatu asked his wife and sister to go, hoping that his opponents would accord them traditional Muslim respect. As an additional precaution, Mangudadatu organized a big group to accompany his kin, including lawyers and journalists. All in vain – every single one of them ended up in a mass grave.

In a country that has borrowed the democratic form of the most advanced nations, with constitutionally enshrined guarantees to life, liberty and human rights, a panoply of institutional checks and balances, a free, even vociferous press, an active, vigilant civil

society, a thriving legal profession operating within a well-evolved judicial system, and a well-educated, talented and gentle people – how can public officials be so brazenly criminal?

History is instructive

The Philippines have had nearly half a millennium of colonial experience under Spain - from the 16th to the 19th century - and the United States, in the 20th century. When the Spaniards came, the archipelago was inhabited by many tiny, dispersed indigenous coastal and riverine communities. National identity did not predate colonization but arose as a product of the peoples’ common grievances under prolonged colonial abuse. Without exaggeration, the country was born of a colonial womb.

The existence of a small, entrenched social and political elite that monopolizes government is by no means unique to the Philippines. What is remarkable though is how members of this ruling class treat the nation and its people no better than foreign invaders would, newly landed conquistadors who have nothing in common with the heathen natives, who share none of their past nor their future, who partake not of the common weal, who do not care if the country were run to the ground, whose minds are obsessed with nothing but gain, exploitation and domination.

Hopefully, the people of the Philippines and their leaders will one day realize and finally come to terms with the fact that their motherland is no other than the Philippines and their people are no other than themselves.

The upper class of the Philippines rules the country like conquistadors.



Photo: Flickr / Roberto Verzo

Nation Branding – Qualitätssiegel oder Etikettenschwindel?

Mittels Marketingstrategien versuchen Staaten ein bestimmtes Image ihres Landes an die Öffentlichkeit zu transportieren - Marketingkampagnen in eigener Sache. **Text** Constantin Weinstabl

Das Bestreben von Staaten sich selbst ein bestimmtes Image zu verpassen, scheint zu einer neuartigen Marketingstrategie geworden zu sein. Das Konzept des „Nation Brandings“ soll nicht nur dem Tourismus, sondern auch der Politik und der Wirtschaft eines Landes zum Vorteil gereichen. Vorrangiges Ziel der Staaten ist es dabei unter anderem, sich aus geographischen und historischen Sammelbegriffen, wie zum Beispiel „Osteuropa“, zu lösen, welche oft mit Stereotypenbildung oder Vorurteilen verbunden sind.

Aus wirtschaftlichen und politischen Motiven haben Staaten oft Interesse daran, Berichtserstattungen nicht unkommentiert zu lassen, sondern der Öffentlichkeit ihre Standpunkte kund zu tun. Dies insbesondere deshalb, weil die globale öffentliche Meinung Einfluss

auf politische Entscheidungsträger und Entscheidungsprozesse hat. Mit diplomatischen Werkzeugen oder konventioneller Imagepflege hat „Nation Branding“ jedoch nicht mehr viel gemein - der hohe finanzielle Aufwand, um sich als Marke zu etablieren, gleicht jenem von internationalen Konzernen.

Die Notwendigkeit eines „Faceliftings“

Die Überführung eines ganzen Marketingkonzepts in den staatlichen Bereich trägt vor allem dem internationalen Standortwettbewerb Rechnung. Im Rahmen dieses Konzepts werden bestimmte Wesenszüge eines Staates (neu) definiert und in bestimmte Sektoren wie Wissenschaft oder Politik implementiert. Akteure dieser Bereiche sollen unter Berücksichtigung dieser Kernelemente auftreten und so Entscheidungsträgern ein

geschlossenes und optimiertes Bild vom jeweiligen Staat vermitteln.

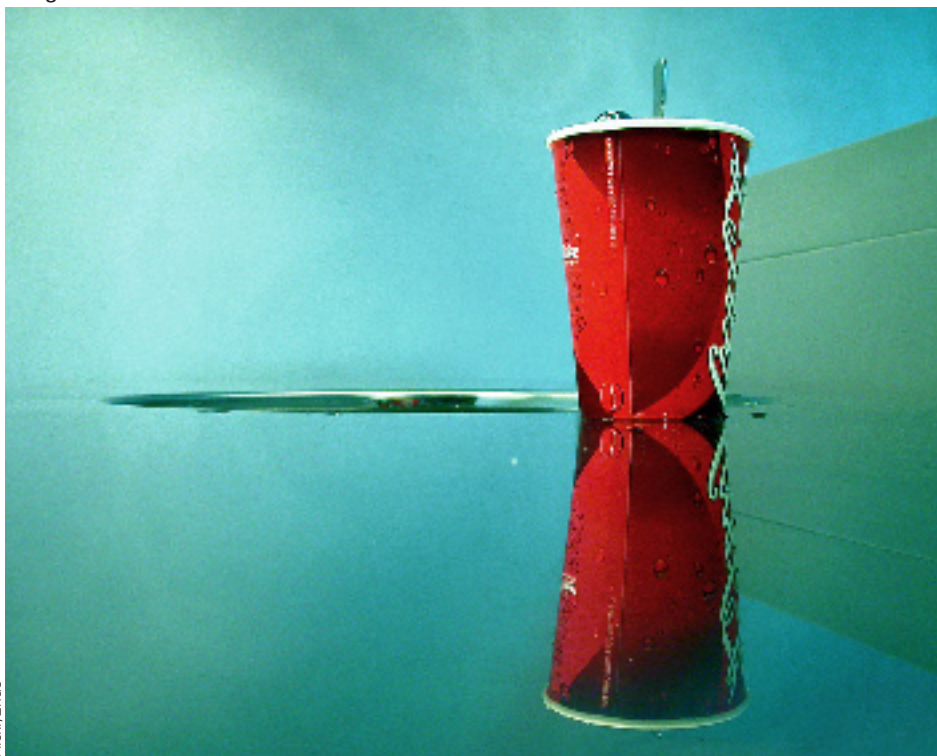
Der regelmäßig aktualisierte Nation Brands Index (NBI), der vom britischen Politikberater Simon Anholt 2005 entwickelt wurde, versucht ein Bild des „Nation-Branding“-Wettbewerbs zu zeichnen. Der Index beruht auf einer Online-Umfrage unter 20.000 Personen in 20 Ländern, welche 50 ausgewählte Nationen in den Bereichen „Politik und Regierung“ oder „touristische Attraktivität“ bewerten. Dadurch wird das Erstellen eines Rankings der attraktivsten „Staatenmarken“ möglich. Staaten, welche nicht positiv genannt werden, sind entweder diejenigen, deren Image negativ ist, oder solche, die nicht ausreichend wahrgenommen werden, weil ihr Profil nicht markant genug ist. Das sind unwillkommene Ergebnisse, sie werden den Wunsch wecken, den Staat als klar zu identifizierende Marke auf den Markt zu bringen.

Grenzen des „Nation Brandings“

Der Etablierung der „Marke Staat“ sind jedoch Grenzen gesetzt. Zum einen hängt der Erfolg einer „Nation-Branding-Kampagne“ zum großen Teil davon ab, wie hoch die investierten Mittel sind. Kampagnen werden umso kostenintensiver, je größer der Aufwand anderer Staaten durch Eigen- und Gegenkampagnen ist. Darüber hinaus scheint es oft eher darum zu gehen, das Profil eines Staates zu manipulieren, als es zu korrigieren – das Produkt dieser Kampagnen soll ein Staat sein, der sich als Marke gut verkaufen lässt.

Diese Strategie kann jedoch keine Realitäten ändern; obwohl „Nation Branding“ ein effektives Instrument sein kann, um die Sichtweise der Öffentlichkeit von einem Staat zu verändern, ist die Position eines Staates im politischen und diplomatischen Rahmen nur schwer verrückbar.

Subtile Manipulation - Welche Stereotypen durch Bilder übermittelt werden, ist uns oft gar nicht bewusst.



China's Grip on Africa

In recent years China has rapidly expanded its economic and political ties with African countries. Is the red dragon on its way to become the future major power on the African continent? **Text** Jakob Mühlstein

At the third Forum on China-Africa Cooperation (FOCAC) in November 2009, Chinese Prime Minister Wen Jiabao announced a new investment and aid programme for African countries. The programme includes the granting of 10 billion US-Dollar development loans over the next three years and the removal of tariffs on most exports from the least-developed African nations to China. In addition, Beijing will sponsor several projects in health, education, culture and agriculture.

With this ambitious programme, China strengthens its position as one of Africa's largest trading partners besides the US, the UK and France.

Africa turns red

In 2009 trade between China and Africa hit an all-time high, surpassing the 2008 record of 106,8 billion US-Dollar. More than 800 Chinese companies are now present across the African continent. They are active in the oil, mining, telecom, retail, timber and fishing sector. One of them is the 'Jinchuan Group', Asia's largest nickel producer, which established an office in Johannesburg in 2004. Three other prominent Chinese companies are the 'China National Petroleum Corporation' (CNPC), the 'China Petrochemical Corporation' (Sinopec), and the 'China National Offshore Oil Corporation' (CNOOC). All of them have large presences in the oil-rich countries Sudan, Nigeria and Angola.

In Tanzania, Zambia and Angola, Chinese companies are reconstructing the Tanzam and Benguela railway lines which will for the first time create a functioning East-West corridor across Sub-Saharan Africa. China thereby underlines its role as an important infrastructure builder on the continent.

Certainly the Sino-African relations are not limited to the economic sphere. China also



The Red Dragon - On it's way to Africa.

educates and trains Africans through diverse human resources development programmes. Furthermore, Beijing seeks to deepen science and technology exchange by increasing the number of student scholarships. In the military field, China provides a large number of African regimes with arms, regardless of their often catastrophic human rights record.

What has led to such an active Africa Policy of China? Why is the red dragon so much

interested in pushing Sino-African relations?

China's "peaceful rise" depends on Africa

To understand China's interest in Africa one has to bear in mind the main goal of Chinese politics, which is to catch up with the most advanced developed nations.

Now, to keep the economy running China needs a secure and reliable supply of raw materials. It is no secret that Africa is a con-

continent very rich in natural resources, particularly in oil and key metals such as coltan. China's growing trade with African countries is thus anything but surprising. In 2008 China already received 28 percent of its total crude oil imports from Africa, and this percentage is expected to rise further over the next few years.

Apart from economic considerations, African countries are also of great political value for Beijing. As a result of their close economic ties with China, many African governments support Chinese positions in international organisations. Starting with the non-recognition of Taiwan through to the issue of human rights, African states have become a significant political ally. This can be seen best in the role African countries play in the UN Human Rights Council, where China is dependent on the African votes to avoid condemnation.

In return for their support, African countries can count on China's persistence on the principles of national sovereignty and non-interference if possible sanctions or even a military intervention against an African state is on the table of the UN Security Council.

Not least because of that, China is speaking of Sino-African relations as a "win-win partnership". But does this perception really meet reality? Is Africa profiting from China's presence?

For the good of Africa?

Backing African states at the UN Security Council does not necessarily serve the interests of the African population since many African governments are neither democratically elected nor respecting fundamental human rights. Western countries thus increasingly criticize China's Africa Policy to be only for the good of African dictators and the Chinese economy.

Although China's human rights stance regarding African conflicts is deeply problematic, any exoticization or demonization of China must be avoided. After all, European and US policies towards Africa are not guided by concerns over democracy and human rights either, and Western companies differ little from Chinese companies when it comes to the unscrupulous exploitation of African resources.



Photo: Flickr / d'n'o

Hence, part of Western criticism is quite hypocritical and apparently serves the hidden goal of containing China's development and global influence.

But Beijing is also confronted with more legitimate critiques from independent NGOs and from Africa itself. Going beyond the denunciation of China's support of oppressive African regimes, these critiques highlight the negative effects of China's Africa engagement for the continent's economic development.

According to them, China's thirst for resources drives many African countries to a dangerous overdependence on one or a few particular commodities. Furthermore, the massive import of relatively cheap Chinese products has a devastating impact on local African industries, especially the textile industry.

On the other hand, it should not be overlooked that Beijing is offering African countries highly needed infrastructure investments. Across the whole continent, Chinese companies are building roads, railways, dams, hospitals and government offices whose construction has long been abandoned by Western nations. In this regard, the Chinese presence in Africa clearly con-

stitutes a chance for African countries to push their own "development".

Despite these positive aspects, resentment against China's involvement is rising in many African countries.

Here to stay?

In January 2007, five Chinese oil workers were kidnapped in the Niger Delta, followed by the murder of nine oil workers in April 2007 in Ethiopia. Last year, a Chinese businessman was murdered and the offices of a Chinese construction company have been robbed in Angola. Many other attacks on Chinese businesses and personnel have gone unreported.

At the origin of these attacks seems to be the frustration of African citizens about the business policies of Chinese companies. Unlike their Western counterparts, Chinese companies prefer to bring their own labour to Africa, which is perceived by many as a provocation given the high unemployment rates in African countries.

If Beijing is not able or willing to react to the recent attacks on Chinese workers by rethinking its current Africa policy, the red dragon's hegemony on the African continent risks to come to an end before it has even really started.



Brothers no more. The peaceful coexistence of Sunni and Shia changed into a cracked "Islamic World".

War of Brothers

The relations between the Sunni and the Shia – the main Islamic religious traditions – deteriorated rapidly during the last few years. It is easy to assume that this simply reflects differences regarding religious traditions, but in reality it represents a longstanding conflict about dominance in the Middle East. **Text** Fadi Sinno

The Islamic revolution of 1979 in Iran demonstrated to the rest of the globe that the so-called "Islamic World" is far more heterogeneous than previously perceived. Prior to the Islamic uprising in Iran, the Shia were not seen as an especially powerful group among the Muslims. Compared to the more numerous Sunni Muslims, the Shia, who only comprise about 15 percent of all Muslims, were generally viewed as a relatively weaker and non-political religious tradition. The Islamic revolution established the Shia as a political force in the minds of the Middle East and the world. Since then, conflicts have emerged between Sunni and Shia, characterized by the fact that there is mostly no state of war between countries or groups, but proxy wars that lead to massive internal struggles in the affected countries.

An untroubled life together

Until the 1970s, the 20th century was characterized by a peaceful cohabitation between Sunni and Shia in the Middle East. This coexistence was especially apparent during the time of Arab nationalism led by President Nasser of Egypt. However, the character of the Sunni-Shia relationship changed rapidly

following a series of events in the 1960's and 1970's. The Arab defeat in the Six-Day War of 1967 led to the decline of Arab nationalism, and after a shift of power to Saudi Arabia, the more secular character - at least in the Sunni-Shia case - of the Arab world changed. In Saudi Arabia, the Shia minority is traditionally structurally disadvantaged as they are denounced as "non-muslims" or "heretics" in the Wahabi country, with no chance of being part of the political elite of the country. After the creation of the Shia theocracy in Iran in 1979, Iraq invaded Iran. Saddam Hussein wanted to raise Iraq to a regional power and also feared the rise of a strong Iran, whose new rulers believed that oppressed Shiites in countries like Iraq, Kuwait and Saudi-Arabia should "rise up against their governments and join the Islamic Republic". Furthermore Saddam Hussein saw it as an opportunity to "solve" old border disputes with Iran. The more secular Baathist dictatorship in Iraq was therefore supported by the Arab countries - particularly Saudi-Arabia - in this bloody conflict.

A new phase of the conflict was initiated with the US-led invasion of Iraq in 2003. Until then, the Shia majority in Iraq had been

repressed by the ruling Sunni minority of Saddam Hussein's regime. In 1991 a Shia uprising in Iraq was brutally suppressed when promised support for the Shiites from Western countries did not materialize. The invasion led to a breakdown of the Sunni rule in Iraq. As a result, the Shia majority was provided with considerable political opportunities for the first time in decades. In addition to the political changes, the Shia in Iraq were afforded new social and religious opportunities. For example, during the time of Saddam Hussein's regime, the Shia were not allowed to commemorate the Ashura holiday. Events like Ashura - in which thousands of people gather together - were seen as a strong sign of life of the Shia community in Iraq, leading the Sunnis to fear losing supremacy not only in Iraq, but also in the rest of the Middle East. The result was an outbreak of heavy sectarian violence that saw atrocities committed by both sides and led to the rise of figures like Muqtada Al-Sadr, the leader of the paramilitary Iraqi Shia Mahdi Army.

A new situation

Beside the internal struggle in Iraq, the 2003 Gulf War led to a shift in the power balance

of the Middle East in favour of Iran and the Shia. Not only was there a general uprising of the Shia, Iran's policy of supporting Shia groups across the region also furthered its aim to become the main regional power. Furthermore, one must consider that the 2003

spearheading attempts to gain regional power over this area in the name of their respective traditions by supporting related groups in other countries: in Yemen the Houthi rebels are accused of being supported by Iran while the government receives direct military sup-

An "Islamic world" or as sometimes said an "Islamic culture" does not exist. Talking about Islam, many refer directly to the Middle East, although the country with the highest Islamic population is Indonesia followed by Pakistan and India. Needless to say, these countries differ markedly in life-style and culture. The Shia-Sunni conflict should not be seen as a religious conflict but as a conflict about political predominance. This is further evidenced by the fact that Iran supports Christian Armenia, although it is in a state of war with its mainly-Shia neighbour Azerbaijan. Iran even supports the Palestinian faction Hamas, who are characterized as Sunni hardliners.

Analysing the situation, the extent of this conflict becomes clear. It is spread over several countries, and the main exponents Saudi Arabia and Iran are investing enormous funds for supporting their proxies. The political and military campaigns of groups financed by those countries are expensive and financial support for the armed groups in the different conflicts also reaches very high levels. Although the Palestinian case is still - at least officially - the main cause for Saudi Arabia and Iran, it appears that this is a pretense. Today, their primary aim is to achieve predominance of their own interests.

It is important to highlight that solutions to the crises in the Middle East are hardly achievable without solving the Sunni-Shia conflict within the countries. From a Western perspective it is incorrect to classify the affected countries and groups into "radical" and "moderate" because in reality it does not seem that anyone is moderate. Religion is used to gain power and high casualties are accepted in order to gain influence. A peaceful cohabitation, which was the case for centuries, would end this unbearable situation.

The main religious traditions of Islam are Sunni and Shias. The split into these traditions happened due to a political dispute about the succession of the Prophet Mohammed. Today this clash is reborn in an actual conflict between the main Sunni Players like Saudi-Arabia and their big Shia counterpart, Iran.



Gulf War and the occupation of Afghanistan resulted in a situation in which Iran was, so to speak, surrounded by Western occupations - all of the neighbours of Iran except for Syria were Western-occupied countries, Western allies or even de-facto Western protectorates. The election of the ultra-conservative - even for Iranian understanding - Mahmoud Ahmadinejad emphasized Iran's ambition for regional supremacy. Currently, Saudi Arabia and Iran appear to be

supported by the Saudi Forces. In Lebanon the political scene is characterized by the Future Movement-led 14th March Movement (Saudi-supported) and Hezbollah's 8th March Movement (Iran-supported).

A cracked "Islamic World"?

Commentators frequently refer to a conflict in the "Islamic world" - a phrase that fails to adequately capture the current situation.

The Dilemmas of German Energy Policy

German energy policy has become increasingly controversial, while an upcoming decline in electricity production will pose serious challenges for the Merkel government. **Text** Jochen Kleinschmidt

Approximately 40 gigawatts of electricity generation capacity will go offline by 2020 – half of which will be due to the phasing-out of nuclear power. Replacement will have to be decided on within the next two years, if planning and construction phases are taken into account.

Smart grid technology and comprehensive power savings measures may ease the pressure to a certain degree, but the fundamental fact remains that around one third of German electricity generation will be gone in around ten years. Complicated German construction permission procedures present a further obstacle to its replacement – already, a newly constructed coal power plant may have to be demolished due to legal issues.

Clash of Interests

Any future energy mix must be evaluated in terms of economics as well as domestic and international political costs. A return to coal power as an option with good benchmarks in terms of supply security will likely be preempted both by ecological concerns and by the obligation to reduce emissions, while a return to nuclear energy – perhaps the most viable approach in terms of international political dynamics, as well as economically sound as many reactors have not reached the end of their life span – would incur heavy domestic costs in terms of unpopularity and probable civil unrest, instigated by the notoriously militant anti-nuclear movement.

An option that relies heavily on Russian gas may be the only economically viable solution that is also palatable to the ecologically-aware German electorate, but it could end up poisoning intra-EU relations. The fear of Russia using its newfound importance in Central Europe to derail NATO enlargement and to exploit energy relations as a strategic instrument to influence other processes that it deems critical to its national interest in the

“near abroad” could impose significant restraints on transatlantic relations.

Some of this political risk depends on the dynamics of currently ongoing reform processes within Russia, but much is also due to Central European states’ long-standing perceptions of insecurity.

Geopolitical Risk

In the meantime, the politically dominant pro-technology supporters of stronger reliance on renewable energy are coming under fire from a different direction. That various forms of renewables do not suffer from geo-economic dependencies that could be strategically exploited is a common misconception.

In fact, the opposite is true: the construction of wind turbines, for example, depends on certain rare earth metals such as neodymium, most of which today is extracted in

northern China – which actually enjoys a far more dominant position in rare earth metals than Russia does in natural gas. Recently, the Chinese leadership decided to cut exports of several rare earth metals while offering favourable conditions to manufacturers of machinery dependent on the materials who agreed to set up shop close to the mining regions.

This clear attempt to bolster political stability by providing employment opportunities in hitherto underdeveloped regions goes completely against principles of free trade, however, while at the same time illustrating geopolitical risks that might endanger the growth of the renewable energy sector.

The results of a subsequent WTO dispute with the US, the EU and Mexico have yet to be seen. And other raw materials of importance to green technologies are also often located in areas of geopolitical instability –

An upcoming decline in electricity production will pose serious challenges for the Merkel government.



Foto: Flickr/Peter Kundulija



such as lithium, essential for electric car batteries, the most important deposits of which are located in Bolivia with its chronically unstable political system.

Institutional Weaknesses

These uncertainties necessitate a strong institutional capacity for navigating the cliffs of ecological responsibilities, economic efficiency, supply security, and geopolitical dependencies. Furthermore, the resulting necessary compromises – which according to most experts should take the form of a balanced mix of coal, nuclear, gas and renewable energy generation in order to minimize risks – would have to be explained to a sceptical public by a unified public relations strategy and communicated to foreign partners.

In Germany, however, the federal agencies dealing with energy policy issues are fragmented between several ministries: the Ministry of Economics and Technology is generally touted as the leading organization, dealing with basic economic and regulatory aspects as well as with some energy efficiency issues. It is also in charge of the Federal Institute for Geosciences and Natural Resources, a central advisory body on scientific aspects of energy resources to several federal agencies.

The Ministry for the Environment retains responsibility for renewable energy issues and the operating security and eventual closure of nuclear power stations, while the Ministry for Education and Research is of critical importance for energy-related research projects.

Lack of a Single Voice

A vice minister at the Foreign Office represents the international aspect of energy policy – however, the responsibilities of this official are broad and, unofficially, also include coordination with other ministries led by the smaller government coalition partner – an im-

portant task in domestic politics which takes priority over energy matters.

This arrangement has led to a critical reception of German diplomacy when representation at international meetings on energy issues was not seen as adequate by diplomats from other countries. The entire structure is further complicated by the fact that state agencies also retain some decision-making capacities, especially as related to the actual construction of infrastructure and due to the disagreements stemming from the aforementioned agencies often being led by members of different political parties within the ruling coalition.

Considering this jungle of criss-crossing responsibilities, it is not surprising that experts have long called for the creation of an energy ministry that would concentrate those powers in a single agency, a path generally followed by other industrialized countries.

Path of the Least Resistance

Such a ministry would not only streamline decision-making processes, but would also allow for a unified perspective on dilemmas that policymakers invariably face in the energy field: so far, the different agencies have often been dominated by vested interests specific to their institutional scope.

These different perspectives have made for an extremely re-

active German energy policy. However, the second Merkel government has decided not to move on the issue – a decision that was certainly motivated in part by coalition arithmetics, and perhaps also by the desire to arrive at a coalition agreement in time for the 20th anniversary celebrations of the fall of the Berlin Wall.

This cautious approach was much to the relief of lobby groups that would have lost influence under a new institutional arrangement, but to the despair of those who looked to the new German leadership for initiatives on how to deal with Central Europe's energy problems in a more productive manner than just by pointing fingers. But many fingers will be pointed if decisions are not taken on Germany's future energy supply in a rapid and competent manner.



Samstag, 05.06.2010 · Sonntag, 06.06.2010

Historische Militärfahrzeuge im Arsenal

Auf Rädern & Ketten

HEERESGESCHICHTLICHES MUSEUM
1030 Wien · Arsenal · Straßenbahn D/O/18 · www.hgm.or.at

Potentiell ist jeder Straftäter

Im ersten Halbjahr 2010 wird das Gesetz zur Vorratsdatenspeicherung in Kraft treten. Dieses legitimiert den Staat zur Überwachung von Bürgern, auch ohne begründeten Tatverdacht auf rechtswidriges Handeln. **Text** Nadja Kwapil

Die Novelle zum Telekommunikationsgesetz (TKG) setzt eine EU-Richtlinie (RL) aus dem Jahre 2006 um und hätte bereits 2007 in Kraft treten müssen. Österreich hatte es bis dato jedoch abgelehnt, die RL umzusetzen und war deshalb von der EU-Kommission verklagt worden. Neben technisch-rechtlichen Fragen der Umsetzung, war und ist vor allem der Eingriff in die Privatsphäre von acht Millionen österreichischen Bürgern umstritten, der durch das Gesetz zwangsläufig erfolgen wird.

Menschenrechtliche Bedenken waren es auch, die Bundesministerin für Verkehr, Innovation und Technologie, Doris Bures, veranlasst hatten, einen möglichst „Bürger schonenden“ Gesetzesentwurf vom Ludwig Boltzmann Institut für Menschenrechte in Wien (BIM) ausarbeiten zu lassen. Ein für das BIM „untypischer Auftrag“, welches die RL zur Vorratsdatenspeicherung bereits zuvor kritisiert hatte und nach wie vor für unvereinbar mit der Europäischen Konvention für Menschenrechte hält. Mit dem Argument, die nachteiligen Auswirkungen der RL für den Bürger möglichst klein halten zu wollen, stellten sich die Vertreter des Instituts schließlich dieser „Chance“, schickten aber voraus, dass ihr Entwurf grundrechtliche Bedenken nicht vollends beseitigen werden könne. Seit 20. November 2009 befindet sich der Entwurf des BIM nun als Ministerialentwurf zur Begutachtung im Parlament.

Juristische Konsequenzen

Durch die RL wird die Anonymität im Internet faktisch aufgehoben. Die RL verpflichtet jeden europäischen Internet- und Telekom Provider aufzuzeichnen, wer mit wem wann und wie lange kommuniziert – ohne Verdacht auf rechtswidriges Handeln. Dies betrifft Telefonate, SMS, MMS, EMAILS, sowie Standortdaten. Inhalte werden (noch) nicht gespeichert. In Österreich sollen die gespeicherten Da-



Photo: Flickr/fbader

Mit Inkrafttreten der TKG-Novelle wird die Privatsphäre des Bürgers massiv eingeschränkt. Europaweit demonstrieren Menschen gegen die EU-Richtlinie.

ten nach sechs Monaten wieder gelöscht werden. Der Zugriff auf die Daten soll grundsätzlich nur Strafverfolgungsbehörden mit vorheriger richterlicher Genehmigung vorbehalten werden. Weitere Voraussetzung für einen Zugriff auf die Vorratsdaten ist das Vorliegen eines konkreten Verdachtes auf eine „schwere Straftat“. Obgleich derzeit keine Gesprächsinhalte gespeichert werden, kann anhand der gespeicherten Daten durchaus auf Kommunikationsinhalte geschlossen werden. Ein Anruf beim Aidshilfhaus genügt, um den Gesprächsgegenstand zumindest zu erahnen, oder ein fragmentarisches Persönlichkeitsprofil zu erstellen, mag es nun der Wahrheit entsprechen, oder nicht.

Zur Entstehung der Richtlinie

Erste Diskussionen um die Vorratsdatenspeicherung auf europäischer Ebene entstanden als Reaktion auf die Anschläge des 11. September 2001. 2002 erarbeitete Belgien einen Vorschlag für einen Rahmenbeschluss, der die Vorratsdatenspeicherung einführen sollte. Das Sammeln und Speichern von Daten sollte vor allem zur Bekämpfung von Terroranschlägen unter bestimmten Voraussetzungen erfolgen, nicht aber für präventive Zwecke.

Unter den Eindrücken weiterer Terroranschläge in Madrid im Jahr 2004, sowie in London im Jahre 2005, legte die Kommission schließlich selbst einen Entwurf zur Vorratsdatenspeicherung vor, diesmal in Form einer Richtlinie.

Nach informellen Verhandlungen zwischen Ministern und EU-Parlamentariern, wurde die RL in einem Schnelldurchlauf durch das Gesetzgebungsverfahren des EP geboxt. Die Folgen waren neben fehlerhaften Übersetzungen vor allem unzureichende Diskussionen um den unter Verhältnismäßigkeitsgesichtspunkten umstrittenen Entwurf.

2006 trat die RL in Kraft, trotz zahlreicher Änderungsanträge und der Kritik politischer Akteure. Kommission und EP rechtfertigten den Erlass der RL mit dem Verweis auf einen wettbewerbsrechtlichen Zweck: Die Pflichten für Diensteanbieter und Netzbetreiber bei der Vorratsdatenspeicherung müssten für alle EU-Mitgliedstaaten einheitlich festgeschrieben werden.

Der Text von Nadja Kwapil erschien am 28.1.2010 zu Teilen in der Furche. Interview siehe GLOBAL VIEW Online-Ausgabe unter <http://www.globalview.at/>.



Startschuss für die Battlegroup Weimar. Polen, Deutschland und Frankreich verbünden sich.

Weimarer Battlegroup startet

Die trinationale „Battlegroup Weimar“ soll bis 2013 bereit sein, in Krisenregionen und Konfliktherden eingesetzt zu werden. Das Battlegroup-Konzept ist ein Teil der Europäischen Sicherheitsstrategie.

Text Michael N. Schurian

Hohe Militärs aus Deutschland, Frankreich und Polen haben sich am 28. Jänner 2010 in Warschau getroffen, um die Umsetzung einer gemeinsamen EU-Battlegroup zu forcieren. EU-Battlegroups sind multinationale, nicht dauerhaft formierte militärische Verbände der EU-Mitgliedstaaten. Sie sollen für je ein halbes Jahr als Instrumente zur schnellen militärischen Reaktion auf Bedrohungen der inneren und äußeren Sicherheit Europas zur Verfügung stehen. Die Battlegroups sind damit Teil der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP). Neben den Mitgliedstaaten der EU können auch Staaten, die nicht der EU angehören, Truppen stellen, sofern sie von einem EU-Mitglied eingeladen wurden oder Anwärter auf eine EU-Mitgliedschaft sind.

Das Konzept

Die europäischen Battlegroups sollen ein weites Spektrum an Einsatzoptionen abdecken. Dieses reicht von humanitären Hilfsmissionen bei Naturkatastrophen bis hin zur Terrorismusbekämpfung. Mögliche Einsatzorte sind vom Staatszerfall betroffene Länder. Damit soll einem neuen Typus von Krieg begegnet werden, den sogenannten neuen Kriegen. Diese haben sich sukzessive an den Rändern ehemaliger Kolonialherr-

schaften gebildet, vor allem Großbritanniens und Frankreichs. Beispiele hierfür sind Afrika, der Kaukasus oder Afghanistan. Ziel ist es, in diesen Regionen Konfliktparteien voneinander zu trennen und Frieden zu stiften. In aller Regel operieren die Truppen unter einem UN-Mandat.

Die Kampftruppe soll innerhalb von zehn Tagen nach der politischen Entscheidung, diese einzusetzen, einsatzbereit, innerhalb weiterer fünf Tage im Einsatzland sein. Diese Entscheidung trifft der Rat der Europäischen Union (EU). Sowohl die politische Kontrolle als auch die strategische Leitung delegiert der Rat der EU im Regelfall an das „Politische und Sicherheitspolitische Komitee“ (PSK) der EU. Prinzipiell werden Einsätze weltweit erfolgen können. Der tatsächliche Aktionsradius der EU-Battlegroups wird allerdings entscheidend von der Verfügbarkeit eines Flugzeugträgerverbands abhängen, der bis dato noch im Entstehen ist.

Militärische Dimension des Weimarer Dreiecks

Bereits 2006 hatten sich die Verteidigungsminister von Deutschland, Frankreich und Polen in Krakau darauf geeinigt, eine trinationale Battlegroup ins Leben zu rufen, die an das Weimarer Dreieck erinnern soll. Das Wei-

marer Dreieck ist ein jährlich stattfindendes außenpolitisches Forum zwischen Deutschland, Frankreich und Polen, das 1991 nach dem Zusammenbruch des Kommunismus in Polen entstanden war. Ursprünglich diente es dazu Polen an die EU und die NATO anzunähern. Nach dem Beitritt Polens zur EU und der NATO diente diese informelle Plattform dazu, die Beziehungen zwischen den drei Ländern durch gemeinsame wirtschaftliche, kulturelle und politische Veranstaltungen zu stärken. Anfang 2006 zweifelte der neue polnische Präsident Lech Kaczynski Sinn und Zweck der trilateralen Zusammenkünfte an, da die Debatten keine konkreten Ergebnisse bringen. Der damals neu gewählte polnische Ministerpräsident Donald Tusk warb 2007 in seiner ersten Regierungserklärung für eine Wiederbelebung des Weimarer Dreiecks. Mit der „Battlegroup Weimar“ wird das Weimarer Dreieck um eine militärische Dimension erweitert.

Die Institution der Battlegroups geht auf einen Beschluss des Rates aus dem Jahr 2004 zurück. Die Idee für das Konzept Battlegroup entstand im Februar 2003 auf einem bilateralen Gipfel in Le Toquet zwischen Frankreich und dem Vereinigten Königreich. Ab 2005 wurde zunächst je eine, seit Januar 2007 werden zwei Battlegroups pro Halbjahr einsatzbereit gehalten.

Inklusion statt Exklusion

Die UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen (UNCRPD), wurde von Österreich im Jahre 2008 ratifiziert. Die Umsetzung gestaltet sich allerdings zögerlich. **Text** Magdalena Reitbauer

Mehr als 650 Millionen Menschen leben weltweit mit Behinderungen. In vielen Ländern werden Behinderte diskriminiert und sind im Alltag benachteiligt. Als Antwort auf das Verlangen nach gesellschaftlicher Teilhabe, wurde Anfang der 1990er Jahre die Idee der Inklusion geboren. Menschen soll es demnach unabhängig von ihren körperlichen und geistigen Fähigkeiten ermöglicht werden, einen Platz in der Gesellschaft zu finden. Inklusion bedeutet für behinderte Menschen folglich Chancengleichheit und ein Leben ohne Ausgrenzung.

Bedeutungsvolles Werk

Einer der wichtigsten Schritte zur Verwirklichung dieses Vorhabens war die Ausarbeitung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen, die 2006 verabschiedet wurde und 2008 in Kraft trat, nachdem sie von 20 Mitgliedstaaten ratifiziert wurde. Die Konvention ist der erste und einzige internationale Menschenrechtsvertrag für Personen mit Behinderungen. Bereits bestehende Menschenrechte werden durch die Konvention für die Lebenssituation behinderter Menschen festgeschrieben und konkretisiert. Daher finden sich grundlegende Menschenrechte im Vertragstext wieder, wie das Recht auf Leben oder das Recht auf Freizügigkeit, sowie der Zugang zu Bildungseinrichtungen. Die Umsetzung des Übereinkommens durch die Vertragsstaaten wird von einem Vertragsorgan der Vereinten Nationen begleitet, dem UN-Ausschuss zum Schutz der Rechte von Menschen mit Behinderungen.

Achtung der Menschenrechte

In Österreich erfolgt die Überwachung der Umsetzung der Konventionsrechte und Pflichten durch den unabhängigen Monitoringausschuss im Sozialministerium. Die Aufgaben des Ausschusses sind vielfältig. Das Monitoring umfasst unter anderem die Involvement behindertengerechter Bestim-



Photo: Flickr/Xin Li 88

Personen mit Behinderung werden weltweit vor allem in Bildungssystemen benachteiligt.

mungen in Gesetzgebungsprozesse, das regelmäßige Erstellen von Berichten über die Wahrung der Menschenrechte, sowie die Ausgestaltung von Rechtsschutzinstrumenten und Durchsetzungsmechanismen für Individuen, beziehungsweise für deren Vertreter.

Mut zur Umsetzung

Die Umsetzung der Konvention in Österreich gestaltet sich allerdings schwierig. „Das Bewusstsein für Menschenrechte liegt in Österreich stark im Argen. Mit der UN-Konvention ist die Republik eine Verpflichtung eingegangen. Es liegt jetzt an Menschen mit Behinderungen und an ihren Interessenvertretungen, diese Verpflichtung auch einzufordern“, erklärte Marianne Schulze, Vorsitzende des Ausschusses im Rahmen der ersten öffentlichen Sitzung. Speziell im Bereich der Bildung bestehe in Österreich laut Experten noch immer eine gravierende Benachteiligung Behinderteter. „Im Augenblick herrscht in Österreich Stillstand – die Dynamik ist draußen. Jetzt muss es ein Bundesland geben, dass eine Sogwirkung auf ganz

Österreich hat!“, so Walter Eigner, früherer Präsident von Inclusion International, einer der weltweit größten Behindertenorganisationen. Solch eine Ausstrahlungswirkung auf Österreich könnte etwa die Steiermark ausüben: im Februar dieses Jahres fand dort eine Landtagsenquete zur Umsetzung der Konvention statt. „In der Steiermark tut sich gerade wieder etwas!“, meint Brigitte Petritsch, ehemalige steirische Landesschulinspektorin und Vorreiterin auf dem Gebiet der schulischen Integration.

Eine Schule für alle

Vor allem das österreichische Sonderschulwesen ist mit der Konvention nicht zur vereinbaren. Artikel 24 der Konvention beruht auf dem Grundsatz der inklusiven Bildung; dieser schreibt vor, alle Schüler gemeinsam zu unterrichten – mit oder ohne Behinderung. Für die Zukunft bedarf es daher vor allem an Engagement seitens internationaler Organisationen und nationaler Regierungen, um eine sichere Einhaltung der Menschenrechte auch für behinderte Menschen zu garantieren.

“What is Needed is a Systemization and Articulation of Policy”

Gordon Porter, an internationally known expert on the topic, talked with Magdalena Reitbauer about inclusive education, how it is linked with human rights, the lack of implementation, and why implementation is not a matter of costs. **Interview** with Gordon Porter by Global View

Mr. Porter, what is inclusive education and what is the basic vision behind it?

Inclusive education simply means that all children, no matter what their disability or special needs, attend the same school as their brothers and sisters. It's a simple concept! The problem is that in the last 50 or 60 years we developed a process of special education that separately worked with the children that regular schools refused to teach.

Why do we need inclusive education?

We need it because inclusion is better for society and for schools. When schools can say, “Well, I think we can teach this child, but not that one,” it sets up a system in which there is no accountability! Of course, inclusive education has a positive influence for both special needs children who are included in neighbourhood schools, as well as for typically developing children, who are provided the opportunity to interact with children who have special challenges and to learn how these children deal with such challenges.

You are also Chair of the New Brunswick Human Rights Commission. How is inclusive education linked with the Universal Human Rights?

First of all inclusive education is a value that children with special needs and disabilities can be with their peers in regular community activities. That's the key part of the modern human rights framework! In my country, Canada, non-discrimination of people with mental and physical disabilities is built into the human rights codes. It is not permissible to discriminate on the basis of disabilities. It's a human rights issue for sure!

How can Austria create a fulfilling inclusive education system like the role model Canada?

I think Styria is already well on the way towards an inclusive system. There are still some special schools and classes, but it is not systematic across the state. My understanding is that there are many good examples of inclusion in Styria. It seems to me that what is needed is a systemization and articulation of the policy of inclusive education. Within a reasonable period of time, the teachers, the money and the support that is going to special education should be shifted to providing for these students in regular education settings.

So it is a matter of costs?

It's a matter of leadership and vision and then moving. It's not a matter of new costs. My sense is that most developed societies are already spending enough money, but they have to change where and how the money is being spent.

The UN Convention on the Rights of People with Disabilities is already signed. Which “burden” will be addressed after the ratification at the international level?

There's a lot of work to do. It is very clear, that the Convention is not creating new rights. They are just articulating them in a more focussed way. But the problem is that societies seem to be able to commit themselves to very noble principles and then just automatically presume that people with disabilities are included. There is no question that people generally believe that special programmes are in the best interest of the children with



Dr. Gordon Porter

special needs. But the fact is that everything you do that is separated and segregated ends up being a problem for the people. Instead, there is a need for significant investment in public education around the world so that people with disabilities can go to regular school – hopefully to good schools!

Thank you very much!

Gordon Porter is Director of Inclusive Education Initiatives at the Canadian Association for Community Living. He is Chair of the New Brunswick Human Rights Commission and of CASHRA, the national association of statutory human rights organizations. Dr. Porter is a retired professor at the University of Maine. He has also taught at McGill University, the University of Prince Edward Island and the University of Calgary. He was also a keynote speaker at the UNESCO World Conference on Special Education held in Salamanca, Spain and has acted as a consultant to the Inter-American Development Bank. He has consulted, lectured and conducted training in numerous countries around the world.

Im Internationalen Jahr der Biodiversität

Bereits im 2006 hat die Generalversammlung der UNO das Jahr 2010 zum Internationalen Jahr der biologischen Vielfalt erklärt. Dem fortschreitenden Verlust der Artenvielfalt soll aktiv entgegengetreten werden. **Text** Christine Rödlach

Biodiversität - die biologische Vielfalt - ist Ausdruck der jahrtausendelangen Evolution der Erde. Sie umfasst sowohl die Vielzahl an Ökosystemen wie Wüsten oder Wälder als auch verschiedenste Tier- und Pflanzenarten. Wissenschaftler schätzen, dass es derzeit rund 13 Millionen Arten gibt, davon wurden 1,75 Millionen identifiziert. In jedem Ökosystem interagieren die Spezies mit der Umwelt. Es liegt in unserem Interesse, den fortschreitenden Verlust der biologischen Vielfalt aufzuhalten. Der Verlust an Biodiversität bedroht die Nahrungsmittelversorgung, Gelegenheiten für Tourismus und Erholungsräume, Wasser- und Waldreserven, Energie und Medizin. Gesunde Ökosysteme sind nicht nur Grundlage für die Erzeugung von Nahrungsmitteln, Kraftstoffen, Fasern und Baustoffen, sondern sind auch unentbehrlich für die Sauerstoffreinigung, die Wasserentgiftung, sowie für die Stabilisierung des Klimas.

Initiativen

Im Rahmen der UN-Konferenz zu Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro wurden am „Welt-Gipfel“ 1992 eine Konvention zum Klimawandel und die Konvention der Biologischen Vielfalt (CBD) unterzeichnet. Letztere ist das erste globale Übereinkommen zum Erhalt und zur nachhaltigen Nutzung der biologischen Vielfalt. Mittlerweile haben über 168 Länder das Übereinkommen unterzeichnet. Die Generalversammlung der UNO hat im Dezember 2006 das Jahr 2010 zum Internationalen Jahr der biologischen Vielfalt erklärt. Dadurch sollte die Öffentlichkeit auf das Thema aufmerksam gemacht werden und Aktionen zum Erhalt der biologischen Vielfalt angeregt werden. Die EU hatte sich das Ziel gesteckt, den sukzessiven Verlust der biologischen Vielfalt bis 2010 aufzuhalten. Dieses Ziel wurde nicht erreicht. Daher denken die Europäischen Institutionen nun



Gesunde Ökosysteme setzen den Erhalt der biologischen Vielfalt voraus.

darüber nach, welche Strategie nach diesem Internationalen Jahr der Biodiversität verfolgt werden soll, mittelfristig bis 2020, langfristig bis 2050.

Mittlerweile bekennt sich auch eine wachsende Zahl an Unternehmen zu den Prinzipien der nachhaltigen Entwicklung. Mehr und mehr Firmen finden Wege, um Profit zu machen, weil sie ihre Umweltauswirkungen reduzieren. Eine Schlüsselrolle in diesem Zusammenhang spielen lokale Gemeinschaften, weil sie als Manager jener Ökosysteme fungieren können, in denen sie leben. Mit Hilfe von NGOs und intergouvernementalen Organisationen konnten viele erfolgreiche nachhaltige Projekte entwickelt werden, wie zum Beispiel die Initiative Countdown 2010. Der verantwortliche Entscheidungsträger für die Umsetzung jedes Projektes zur Erhaltung der Artenvielfalt ist letztendlich jedes Individuum selbst – durch sein Engagement, seine Entscheidungen als Konsument und Wähler.

Schlüsselposition der Jäger

Eine der in Sachen Biodiversität engagierten NGOs ist der Europäische Zusammenschluss der Verbände für Jagd und Wildtiererhaltung in Brüssel, kurz: FACE. Dessen

Generaldirektor Angus Middleton wies kürzlich im Rahmen einer Konferenz in Brüssel auf den Beitrag der europäischen Jäger zur Biodiversität hin. Dass die Arten erhalten und im Gleichgewicht bleiben, liege im Interesse der Jagenden. Nur eine nachhaltige, die Biodiversität fördernde Jagd habe Zukunft. Folglich investieren sie viel eigenes Geld und Zeit in die Erhaltung der Artenvielfalt, indem sie täglich in Wald und Feld Entwicklungen mitverfolgen, versuchen, Krankheiten zu erkennen, Veränderungen der Ökosysteme beobachten und zum Gleichgewicht der Natur beitragen. Middleton zufolge spielen sie eine besondere Rolle bei der Verfolgung des Zieles, gemeinsam mit allen Interessensvertretern und Beteiligten des ländlichen Raumes den Verlust der Artenvielfalt und Ökosysteme aufzuhalten und diese, so weit möglich, wiederherzustellen. FACE bringe das Wissen der Jäger auf europäischer Ebene zusammen, berate und beeinflusse die Entscheidungen der EU-Institutionen und informiere regelmäßig die 7 Millionen Jäger in Europa über Entwicklungen auf europäischer Ebene.

Laufende Events zum Internationalen Jahr der Biodiversität 2010 sind zu finden auf <http://www.cbd.int/2010/celebrations/>.



Fin de Siècle

Text Julia Pass

In einer **Fin de Siècle**-Stimmung haben der S. und ich uns im stressigen Jänner in einem Lokal eingefunden, um zu besprechen, dass wir eigentlich gar keine Zeit haben für ein Glas Wein. Der S. hat Bier bestellt und mir versichert, dass die Literaturgeschichteprüfung nicht schlimm werden wird. Und mir erklärt, dass die literarische Strömung des Fin de Siècle geprägt war durch Ambivalenzen. Aufbruchsstimmung und Fortschrittsangst. Welt-schmerz und Zukunftseuphorie. Dann haben wir uns über Jetzt und ein bisschen darüber hinaus unterhalten. Der S. will weg aus Wien, will weg aus der Stadt. „Das Urbane gibt mir nichts mehr, füllt mich nicht aus“, hat er mich wissen lassen und vom Eisfischen in Finnland erzählt. Und von einem Haus am Wasser, das er einmal haben möchte. Er denkt, dass ihm seine persönliche Wahrheit noch nicht offenbart wurde. Weder an der Uni noch in Diskussionsrunden wissentlich Intellektueller. Das plakative Zusichselbstfinden scheint für den S. außerhalb der Informationsgesellschaft greifbarer. Ich kann ihn ja irgendwie verstehen. Manchmal fragt man sich einfach, wie es sein könnte, wenn's anders wäre.

Nach dem zweiten Bier verfällt der S. in eine posttraumatische Erschütterung, weil sein Mitbewohner nur noch vorm Computer hängt. Und im Internet surft. Grauslich findet der S. das. Er selbst geht lieber Volleyball spielen und unter Menschen statt sich auf Facebook durch fremde Profile zu klicken. Ich räume ein, dass wir das alles nicht so eng sehen dürfen. Wir sind ja auch nur Kinder unserer Zeit. Das Internet hat schon auch seine feinen Seiten. Auch furchtbare, das gebe ich zu. Der S. ist trotzdem nicht abzubringen von seiner Sehnsucht. Die Idee, tagelang am vereisten See zu sitzen und

den klaren Himmel über sich baumeln zu lassen, macht ihn glücklich. Vogelgeschrei statt Handyge-läute. Ich breche eine Lanze für Mobiltelephonie und erinnere ihn eindringlich an Freitag, als wir uns treffen wollten. Unigegend hat's geheißen, zwischen halb acht und acht. Die lose Verabredung ist uns zum Verhängnis geworden, weil mein Nokia zuhause auf dem Schreibtisch liegen geblieben ist. Eine dreiviertel Stunde haben wir uns an verschiedenen Punkten die Zehen abgefroren und nacheinander Ausschau gehalten. Um viertel neun sind wir resigniert und aneinander vorbei nachhause gefahren.

Ich trinke mein drittes Glas Wein, der S. sein drittes Glas Bier und wir unterhalten uns noch über dies und das. Hauptsächlich über Lebensmodelle und deren Sinnhaftigkeit. Zwischendurch fällt immer wieder ein und dasselbe Humboldtztat, das über den wahren Zweck des Menschen Aufschluss geben soll.

Mit der wohligen Gewissheit einander verstanden zu haben, verlassen wir das Lokal. Wir fühlen uns keineswegs deprimiert. Denn schön sentimentale Gespräche bergen zumeist eine faszinierende Ästhetik in sich. Die Ästhetik einer dekadenten Melancholie, womit ich wieder beim Fin de Siècle angekommen wäre.

Nachdem wir uns voneinander verabschiedet haben, schalte ich eine halbe Stunde später bei mir zuhause den Computer an. Mein Facebook-Account hält eine frische Nachricht für mich bereit. S. hat mir bereits geschrieben. Manchmal mag auch er das Internet. Und manchmal ist man auch durchaus gerne das Kind seiner Zeit.

Der Mythos vom Homo Sovieticus

Korruption und Misswirtschaft - die Ukraine steckt in der Krise. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion wurden viele Probleme des Landes auf den Wesenszug eines „Homo Sovieticus“ zurückgeführt. Passiv und leicht manipulierbar sei dieser.

Text Martyna Sabat und Nadja Kwapil

Angesichts der rezenten Präsidentschaftswahlen wurde die Ukraine erneut zur Projektionsfläche für kontroverse Zukunftsprognosen und Diskussionen.

Bereits seit dem Zerfall der Sowjetunion im Jahre 1991 ist die Ukraine von Korruption, fehlender Rechtsstaatlichkeit und Misswirtschaft geprägt. Kredite des Internationalen Währungsfonds halten die Wirtschaft des Staates am Leben, die Finanzkrise hat die prekäre Lage verschärft.

Die Orangene Revolution im Herbst des Jahres 2004 hatte erstmals Anlass zur Hoffnung auf demokratischen Wandel gegeben: Wahlfälschungen bei der Präsidentschaftswahl hatten in der Ukraine zu Demonstrationen geführt; die ukrainische Opposition, die Europäische Union und die USA hatten das Wahlergebnis nicht anerkannt. Die anhaltenden Proteste hatten schließlich zur Wahlgangwiederholung und zum Sieg von Wiktor Juschtschenko über Wiktor Janukowitsch geführt.

Die Probleme des Landes sind jedoch auch nach der Orangenen Revolution dieselben geblieben, die Revolution wurde daher von vielen als gescheitert wahrgenommen. Wie schon nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion werden viele Probleme des Landes vermenschlicht mit der Mentalität des „Homo Sovieticus“ begründet.

Der Mythos vom Einheitsbrei

Der Begriff „Homo Sovieticus“ stammt aus soziologischen Diskursen der 90er Jahre und beschreibt den typischen Sowjetmenschen als passiv, konformistisch, anspruchslos, lenkbar und ohne Individualität. Dass die Zeitgeschichte der Sowjetunion mit ihrer Ideologie einer klassenlosen Gesellschaft, ohne

Differenzierungen, und ihren starken autoritären Elementen einen solchen Menschentypen geprägt haben könnte, scheint zumindest denkbar zu sein. Allein in der kommunistischen Arbeitswelt kann eine solche Prägung jedoch nicht begründet sein, denn Kommunismus und Kapitalismus stellen keinen kategorischen Gegensatz dar. Schon früh begannen sich diese beiden politischen Strömungen aneinander anzunähern. Die Notwendigkeit des Produktionsfaktors Arbeit wurde in kapitalistischen Ländern ebenso zelebriert, wie im Sozialismus und Kommunismus. Das kommunistische Konzept einer gleichen, gerechten Arbeitswelt wurde früh aufgeweicht. Bereits in den zwanziger Jahren stellten sowjetische Betriebe von Akkord auf Stückzahl um, nach individueller Leistung gestaffelte Prämiensysteme wurden eingeführt, unpünktliches Personal und „Arbeitsdeserteure“ wurden bestraft.

Die Existenz eines konformistischen, anspruchlosen „Homo Sovieticus“ erscheint umso mehr als Mythos, wenn man bedenkt, dass immer mehr Ukrainer mit der Entwicklung ihres Staates unzufrieden sind. Das geht aus einer Umfrage des ukrainischen Razumkov-Zentrums hervor. Danach ist die Zahl der Unzufriedenen in den letzten Jahren gestiegen und hat im Dezember 2009 88,1 Prozent erreicht.

Das Problem ist kein Mythos

Einen strikten Gegensatz zwischen westlichen und östlichen Konzepten gibt es auch in den politischen Programmen der ukrainischen Parteien nicht. Die Leitgedanken und



Foto: Flickr/bert

Leicht manipulierbar und konformistisch? - Das Klischee über den manipulierbaren Sowjet ist nicht mehr haltbar.

-ziele beider Lager sind im Grunde genommen dieselben: Sowohl Julija Tymoschenko als auch Wiktor Janukowitsch streben den EU-Anschluss, eine Freihandelszone und die NATO-Mitgliedschaft an. Der vermeintliche Charakter eines „Homo Sovieticus“ findet sich folglich eher in den politischen Programmen der Amtsinhaber wieder: sie entbehren jeder Individualität, Originalität und wurden bis dato nie umgesetzt. Ursache für diese Stagnation kann nur die Tatsache sein, dass all diese inhaltlichen Ziele einem Machtspiel zwischen den politischen Akteuren untergeordnet wurden, das demokratische Entscheidungsprozesse lahm legen musste.

Die Revolution ist nicht mehr orange

Auch wenn die Orangene Revolution politisch wenig Veränderung bewirkt hat, ist sie doch in die Mentalität der ukrainischen Gesellschaft eingedrungen, hat Sehnsüchte nach Wandel, Meinungs- und Pressefreiheit hinterlassen. Die ukrainische Gesellschaft scheint nicht mehr dieselbe zu sein, sie ist erwachsen. Offen ist, ob die Politik nachziehen wird.

Im Namen Europas

In Essen, Istanbul und im ungarischen Pécs hat das Jahr mit besonderen Feiern begonnen. Die drei Städte tragen für das Jahr 2010 jeweils den Titel „Kulturhauptstadt Europas“.

Text Kilian Evang

Die Institution der europäischen Kulturhauptstadt gibt es seit 1985, angeregt von der damaligen griechischen Kulturministerin Melinda Mercouri. Seitdem verleiht der Rat der Europäischen Union den Titel jedes Jahr an eine oder mehrere Städte. Seit 2009 wird im Rahmen des Bewerbungsverfahrens jeweils ein älterer und ein neuerer Mitgliedstaat der EU berücksichtigt, sowie optional ein Nicht-Mitgliedstaat, wie 2010 die Türkei. Für die Bewohner und Besucher dieser Städte bedeutet das jeweils ein ganzjähriges Angebot an besonderen Kulturveranstaltungen.

Der Titel „Kulturhauptstadt“ wird für je ein Jahr vergeben - Ziel der Initiative ist es, den Dialog zwischen den Bewohnern der verschiedenen europäischen Staaten zu fördern.



Foto: Flickr/HolgerE

Europäischen Dialog fördern

Eines der Ziele der Initiative ist es, den Dialog zwischen den Bewohnern der verschiedenen europäischen Staaten zu fördern. So ziehen die Kulturhauptstädte mit ihren Kulturveranstaltungen Touristen aus anderen Ländern an, die die gastgebende Region besser kennenlernen.

Zudem soll die zwischenstaatliche Zusammenarbeit im Kulturbereich verstärkt werden. Deshalb wird bei der Bewerbung einer Stadt um den Titel der „Kulturhauptstadt“ darauf Wert gelegt, dass das Kulturprogramm Künstler aus ganz Europa einbezieht und insgesamt eine „europäische Dimension“ hat. Die kulturelle Vielfalt Europas einerseits und die gemeinsamen Aspekte der europäischen Kulturen andererseits sollen gleichermaßen hervorgehoben werden.

Bei der Bewertung der Programme, die von den Bewerberstädten erarbeitet werden, achtet die Jury auch darauf, dass die Bürger der Stadt und der Umgebung einbezogen werden und das Programm Teil einer längerfristigen Strategie für die kulturelle und soziale Entwicklung der Stadt ist.

Überzeugender Strukturwandel

Die drei diesjährigen Kulturhauptstädte setzen unterschiedliche Schwerpunkte, zwischen Pécs und Essen zeichnen sich jedoch Parallelen ab, vor allem auf Grund einer ähnlichen historischen Biographie: Beide Städte waren früher von Bergbau beziehungsweise Schwerindustrie geprägt und mussten sich nach dem Niedergang dieser Industrien neu erfinden. Essen und das Ruhrgebiet konnten jedoch bei der Planung des Kulturprogramms

bereits auf Erfolge der vergangenen Jahrzehnte zurückgreifen. Ausstellungen und Veranstaltungen konfrontierten Besucher schon früh mit der sukzessiven Umnutzung von Industriebauten zu Bürohäusern und Kulturzentren, die auf einen Strukturwandel vom „Kohlenpott“ zur modernen Wirtschaftsregion mit Handels- und Medienunternehmen und Hochschulen hinweisen ließ. Die Aussicht auf eine erfolgreiche Fortsetzung dieses Wandels konnte die Jury offenbar überzeugen. In Pécs muss Wandel erst noch wahrnehmbar gemacht werden. Davon zeugen die Baustellen, die während des gesamten Kulturhauptstadtjahres noch das Stadtbild prägen werden. Ganz im Sinne des Kriteriums „längerfristige Strategie“ wird in erster Linie etwas für die zukünftige kulturelle Infrastruktur der Stadt getan. Unter anderem entstehen eine Konzerthalle, eine Bibliothek und ein Atelier- und Ausstellungszentrum.

Westliches Erbe

Istanbul ist nach dem norwegischen Stavanger 2008 die zweite Europäische Kulturhauptstadt in einem Nicht-EU-Land. Für die Türkei, die schon lange, teilweise gegen heftigen Widerstand aus den EU-Mitgliedsstaaten, den Beitritt anstrebt, ist das eine willkommene Gelegenheit zu zeigen, dass sie „dazugehört“. Das Kulturprogramm streicht mit Musik und Theater die Bezüge der Metropole zur westlichen Kultur heraus, sowie ihre multiethnische und multiethnische Geschichte: Ein Großteil des gewaltigen Budgets fließt in Restaurierungs- und Instandsetzungsmaßnahmen von Kulturdenkmälern, darunter jüdische, christlich-armenische und ehemalige muslimische Gotteshäuser.

ÖGAVN-Club eröffnet

Am 26. Jänner 2010 eröffneten Außenminister Spindelegger und der Altbundeskanzler Schüssel die neuen Clubräumlichkeiten der Österreichischen Gesellschaft für Außenpolitik und die Vereinten Nationen (ÖGAVN) in der Wiener Stallburg. **Text** ÖGAVN

Die ÖGAVN in ihrer heutigen Form basiert auf den beiden ältesten und traditionsreichsten Organisationen im außenpolitischen Bereich in Österreich, die sich im Dezember 2008 zusammengeschlossen haben, um eine breite überparteiliche Plattform der außenpolitischen Information für die österreichische Bevölkerung zu schaffen. Hauptanliegen der ÖGAVN ist die Information über europäische und internationale Themen, insbesondere Fragen der österreichischen Außenpolitik und der Vereinten Nationen.

Sie steht unter der Leitung von Altbundeskanzler NRAbg. Dr. Wolfgang Schüssel als Präsidenten der Gesellschaft, sowie BM a.D. Dr. Peter Jankowitsch, Bot. i.R. Dr. Gregor Woschnagg, NRAbg. Univ.-Prof. Dr. Alexander Van der Bellen und NRAbg. BM a.D. Herbert Scheibner als Vizepräsidenten. Weitere hochrangige Persönlichkeiten gehören dem Vorstand an.

Außenpolitik hautnah

Schon im Jänner 2009 begannen unter der Leitung von Prof. Architekt Ing. Mag. Eduard Neversal die Planungen, in der Wiener Stallburg – zwei Stockwerke über den Stallungen der Spanischen Hofreitschule – freistehende Räumlichkeiten für die ÖGAVN zu adaptieren. Die Finanzierung war ein einmaliger gemeinsamer Kraftakt des BMeiA und der Burghauptmannschaft Österreich. Ein Teil der Mittel wurde auch dadurch sichergestellt, dass nach der Zusammenlegung der beiden Vorgängerorganisationen Synergien genutzt wurden und bei der Administration eingespart werden konnte.

ÖGAVN-Präsident Schüssel und Vizepräsident Woschnagg legten besonderen Wert darauf, die Büros möglichst klein zu halten, um Platz für die Einrichtung eines Clubraumes zu gewinnen. Der Clubraum dient nun als Meeting Point, um einer breiteren Öffent-



Außenminister Spindelegger eröffnet ÖGAVN-Club.

lichkeit den direkten Zugang zu Themen und Persönlichkeiten aus Politik, Diplomatie und Wirtschaft – abseits der offiziellen Ebene – zu erleichtern. Der Club ist jeden Mittwoch von 11 – 15 Uhr geöffnet, jeweils um 12:00 Uhr finden informelle Diskussionen zu den unterschiedlichsten internationalen Fragestellungen statt.

Wöchentliche Treffen

„Der sogenannte Mittwoch-Club ist von nun an ein fixer Bestandteil der Aktivitäten der ÖGAVN, neben den Großveranstaltungen im Parlament, den Jour-Fixe-Mittagessen im Hotel de France, den jährlichen Außenpolitischen Gesprächen auf Schloss Hernstein in Niederösterreich, sowie den zahlreichen Veranstaltungen in Kooperation mit anderen Organisationen,“ so Michael F. Pfeifer, Generalsekretär der ÖGAVN.

Im neuen Club wurde auch das Büro des Vereins Welcome to Austria, eine Organisation zur Vernetzung von Diplomatinen und

Angehörigen, sowie ein Büro für das Wiener Lokalkomitee des Akademischen Forums für Außenpolitik, der Jugendorganisation der ÖGAVN, eingerichtet.

Österreichische Gesellschaft für Außenpolitik und die Vereinten Nationen (ÖGAVN)
Hofburg/Stallburg
Reitschulg. 2/2.OG
A-1010 WIEN

E: office@oegavn.org

W: <http://www.una-austria.org>

Die Mitgliedschaft in der ÖGAVN (bzw. bis zum 35. Lebensjahr im AFA) steht allen Interessierten offen!

Auf dem Weg in eine nachhaltige Zukunft

September 2000: 191 Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen setzen sich die Verwirklichung einer „Sustainable Future“ zum Ziel. Die Grundlage bilden die so genannten „Millennium Development Goals (MDGs)“, zu deren Umsetzung auch die Zivilgesellschaft angehalten ist. Ein Bericht über eine erfolgreiche Initiative des AFA-Vizepräsidenten Mag. Josef Mantl, MA **Text** Florian Popovits

Die Inhalte der Millennium Development Goals (MDGs) reichen von der Tilgung von Hunger und Armut über die Erreichung einer allgemeinen Grundbildung bis hin zum Kampf gegen HIV/Aids, Malaria und anderen Krankheiten. Die Umsetzung der Ziele ist bis 2015 angesetzt. Dafür muss das Prinzip der nachhaltigen Entwicklung - auch im Bezug auf die Verwendung von Umweltressourcen - gewährleistet und in die Politik der Unterzeichnerstaaten aufgenommen werden.

Laut einer kürzlich veröffentlichten Studie liegt Österreich bei der Erreichung der MDGs auf Platz sechs. Mit hervorragenden Werten in der Aufbereitung von Wasser und im Umgang mit natürlichen Ressourcen gehört unser Land im Bezug auf nachhaltiges Handeln zu den führenden Nationen der Welt. Aufholbedarf besteht hingegen im Bereich der Luftqualität und in der Verbesserung einer stark reduzierten Biodiversität. Eine nachhaltige Wirtschafts- und Umweltpolitik könnte jedoch auch diese Werte positiv beeinflussen und über den Durchschnitt heben.

Bewusstseinsbildung durch Veranstaltungen

Die Sustainable Future Campaign wurde im Jahr 2007 vom Vizepräsidenten des Akademischen Forums für Außenpolitik - Österreich (AFA), Mag. Josef Mantl, MA, gestartet und versucht Nachhaltigkeit zu fördern, indem sie mit Unternehmen, Institutionen und Organisationen zusammenarbeitet und aktiv zur Aufklärungsarbeit und Bewusstseinsbildung beiträgt. Zu diesem Zweck wurden in den letzten Jahren unzählige Veranstaltungen erfolgreich organisiert, zu deren Teilnehmern u.a. hochrangige politische Persönlichkeiten wie etwa Vizekanzler DI Josef Pröll, NRBg. Univ.-Prof. Dr. Alexander Van der Bellen, Dr. Johannes Hahn und Dr. Eva Glawischnig u.a. zählten.

Die letzte Veranstaltung fand zum Thema „Zukunftsfeld Green Jobs“ in der Aula der Wirtschaftsuniversität Wien statt. Unter der Leitung von Mag. Andrea Trumler (Nachhaltigkeitsberatung „Denkstatt“) diskutierten DI

Niki Berlakovich, Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt- und Wasserwirtschaft, Univ.-Prof. Dr. Sigrid Stagl vom Institut für Regional- und Umweltwirtschaft der WU Wien und KR Hans Roth, Vorstandsvorsitzender der Saubermacher AG.

Als „Brokenhagen“ betitelt, sprach Bundesminister Berlakovich über die wenig erfolgreiche Klimakonferenz Ende des vergangenen Jahres in Kopenhagen. Das Erreichen der gesetzten Klimaziele sieht er als Überlebensfrage für jetzige und kommende Generationen, jedoch seien die Ergebnisse der Konferenz weit hinter den Erwartungen zurückgeblieben.

Neben mangelnder Erfüllung der Kyoto-Ziele erwähnte Berlakovich aber auch die positiven Seiten des österreichischen Klimaschutzes, darunter etwa die Unabhängigkeit von Kernenergie. Klimaschutz sei eine „riesige Chance“, die genutzt werden müsse, so Berlakovich.

Zukunftsfeld „Green Jobs“?

Einig waren sich die Diskussionsteilnehmer beim Thema „Green Jobs“. Diese seien zukünftig von hoher Bedeutung und würden sich bereits in absehbarer Zeit vor allem durch Studienabgänger/innen von momentanen Nischenjobs zu Mainjobs entwickeln. Lediglich in einer einheitlichen Definition von Green Jobs herrscht noch Unstimmigkeit. In der anschließenden Diskussion sorgte ein engagiertes Publikum durch persönliche, aber kritische Wortmeldungen zum Thema Nachhaltigkeit für einen regen Meinungsaustausch. Bundesminister Berlakovich und seine Diskussionspartner bezogen dabei mit kompetenten Auskünften und ebenso kritischen Gedanken klare Positionen und unterstrichen zugleich, dass das Thema des Abends bereits an tagespolitischer Relevanz gewonnen hat.

Umweltminister Berlakovich zu Gast an Wirtschaftsuniversität Wien.



Schüler spielen UNO

Im Jahr 2008 nahm eine Delegation des GRG Wien XIX an einer Model United Nations (MUN) in Sardinien teil. Der erfolgreiche Verlauf dieses Rollenspiels motivierte Dr. Sonja Zeiler, eine MUN für Schülerinnen und Schüler erstmals in auch in Österreich zu veranstalten **Text** AFA

Nach Vorbild ähnlicher Initiativen, die seit vielen Jahren in aller Welt erfolgreich veranstaltet werden, wird von 18. bis 20. Mai 2010 die erste „Vienna Schools' Model United Nations (VSMUN)“ in den Räumlichkeiten des Besucherzentrums der Wiener UNO-City stattfinden. Die VSMUN ist eine deutschsprachige Konferenz für 120 Schülerinnen und Schüler der 6. und 7. Klassen von AHS und BHS, die in einem Planspiel Verhandlungen der Vereinten Nationen simulieren.

Ziel dieser Konferenz ist es, die UNO und ihre Arbeitsweise kennen zu lernen, gemeinsam an Resolutionen zu arbeiten um damit die Standpunkte anderer Nationen besser nachvollziehen zu können und das Verständnis für die Welt und ihre komplexen Zusammenhänge zu fördern.

Die Welt überhaupt verstehen

Die VSMUN wird von Dr. Sonja Zeiler und Mag. Barbara Brandsteidl, beide als Lehrerinnen am GRG Wien XIX Billrothstraße tätig, im Rahmen des Akademischen Forums für Außenpolitik (AFA) als dem offiziellen Bindeglied zwischen der UNO und der Jugend in Österreich sowie mit Unterstützung anderer Partner veranstaltet. „Die Welt des 21. Jahrhunderts endet nicht an den Grenzen Österreichs. Um den Jugendlichen alle Chancen für die Zukunft zu ermöglichen und um die Entwicklungen in der Welt überhaupt verstehen zu können, ist die Behandlung von internationalen Zusammenhängen unerlässlich,“ so die Generalsekretärin der VSMUN, Dr. Sonja Zeiler.

Das Konzept ist einfach: Jeder der Teilnehmer vertritt ein Land, in dessen Position er sich vor der Konferenz eingearbeitet hat. Dabei zählt nicht die persönliche Meinung, sondern es ist das erklärte Ziel, die offizielle Po-



Erstes Vorbereitungstreffen der VSMUN-Komiteeleiter im Februar 2010

sition des zu vertretenden Staates möglichst realistisch wiederzugeben.

Innerhalb einzelner „Komitees“ werden reale ökonomische, ökologische und sozialpolitische Themen diskutiert, Resolutionen verfasst und verabschiedet. Für die Leitung der Komitees ist es gelungen, erfahrene Teamcoaches, alle ehrenamtlich tätig, zu gewinnen. Dr. Christine Zeiler wird beispielsweise den Vorsitz des Komitees „Wasser für Afrika“ übernehmen: „Kreativität, Teamwork, Präsentationskompetenz - Hier werden Schlüsselqualifikationen fürs Leben erworben. Das ist Persönlichkeitsbildung par excellence.“

Schüler arbeiten selbst mit

Im Rahmen des Moduls „Die UNO“ werden Schülerinnen und Schüler der GRG Wien XIX im Laufe des Sommersemesters 2010 das Projekt vorbereiten und bei der Konferenz selbst auch Vorsitzrollen übernehmen, die Schüler der 7. Klasse werden als Support-Staff und Presse-Team fungieren.

Katharina Mohn, Schülerin der 7. Klasse arbeitet sich bereits in die Rolle der Präsidentin der Generalversammlung ein: „Die Themen, die wir dieses Jahr behandeln werden, werden

oft von den davon betroffenen Staaten nicht genügend wahrgenommen, oder aber die Zustände arten so aus, dass viele Nationen ihren Problemen und Herausforderungen machtlos gegenüber stehen. Von dieser Sitzung erhoffe ich mir eine hohe Bereitschaft der Nationen zusammen zu arbeiten und kreative Resolutionen zu den einzelnen Themen zur Abstimmung zu bringen.“

Die Delegierten der 15 teilnehmenden Schulen zeigen sich von der Idee des Projekts begeistert. Irina Pober, Delegierte des „Libanon“ und Schülerin der HBLA Wassermann-gasse: „Ich denke, dass die Teilnahme an der VSMUN eine einzigartige Chance darstellt, mit interessierten, aufgeweckten, politisch interessierten Leuten meines Alters zu diskutieren und sich tatsächlichen Problemen zu stellen.“

Christian Schwarz, Delegierter „Algeriens“, besucht das Akademische Gymnasium: „In der heutigen globalisierten Welt haben Politik, Wirtschaft und Kultur - auch eines einzelnen Landes - meist weltweite Folgen. Die aktuellen Probleme auch aus der Perspektive mir bisher exotisch erscheinender Länder zu sehen ist für mich Hauptgrund für eine Teilnahme an einer MUN.“



DAS ORIGINAL
aus AMERIKA

Rovinj/Croatia
21st - 24th May 2010

Spring break EUROPE

SPLASHLINE

EIN TERMIN. EINE STADT.

10.000 PARTYPEOPLE

DAVID GUETTA

ab
EUR 49,-
exkl. PASS



DARIUS & FINLAY JÜRGEN DREWS

INFO & BUCHUNG

www.springbreaakeurope.at



The Volvo XC60. All new, all energy, all safety. The car that stops itself.

A TRULY SAFE INVESTMENT IN AN UNSAFE WORLD: DIPLOMAT.VOLVOCARS.COM

Wherever you are, wherever you go, enjoy fantastic savings and convenience with Volvo. It all comes with our unique diplomat programme and the most exciting line-up ever. Before deciding on your new car, find some outstanding rewards online. You wouldn't want to miss out.



Mr. Michael Presser
Diplomat Sales Representative
michael.presser@denzel.at
01/740 20-4212
0664/807 41 4212

VOLVO CARS DIPLOMAT SALES. PRIVILEGED TO SERVE YOU.

Volvo. for life



WIEN 3, Erdbergstraße 189-193

Tel. 01/740 20-4212

www.denzel.at

MEGADENZEL
ERDBERG